

18. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement"

Kurzprotokoll der 3. Sitzung

Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement"

Berlin, den 4. Juni 2014, 17:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: E.600

Vorsitz: Willi Brase, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigster Punkt der Tagesordnung

Seite 5

Entwicklungspolitisches bürgerschaftliches
Engagement und internationale Freiwilligendienste



Tagungsbüro

Deutscher Bundestag

Sitzung des Ausschusses Nr. 13 (UA Bürgerschaftliches Engagement)
Mittwoch, 4. Juni 2014, 17:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Pahlmann, Ingrid		Irlstorfer, Erich
Pantel, Sylvia	Koob, Markus
Patzelt, Martin		Schiewerling, Karl
Steiniger, Johannes	Steffel Dr., Frank
Stier, Dieter		Steffinger Dr., Wolfgang
Wellenreuther, Ingo	Strenz, Karin
Zollner, Gudrun		Wendt, Marian
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Bahr, Ulrike		Engelmeier-Heite, Michaela
Brase, Willi	Junge, Frank	
Diaby Dr., Karamba		Rix, Sönke
Stadler, Svenja	Schlegel Dr., Dorothee
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Hein Dr., Rosemarie	Werner, Katrin
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Schulz-Asche, Kordula		Schauws, Ulle

Stand: 28. Mai 2014
Referat ZT 4 - Zentrale Assistenzdienste - Luisenstr. 32-34 Tel.030227-32659 Fax: 030227-36339



09.

Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement" (13)

Mittwoch, 4. Juni 2014, 17:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Bähr, Claudia	Die Linke	C. Bähr
Krause, Sarah	SPD	S. Krause
Frenkel, Katja	CDU/Parzell	Frenkel
Liese	CDU/Parzell	Liese
.....
.....
.....



Mittwoch, 4. Juni 2014, 17:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
DME (171)	Schluch	Referentin	[Handwritten Signature]
BSPS (129)	DR. Weingarten	Referatsleiterin	[Handwritten Signature]
THW	Fellek, Iris	Referentin	[Handwritten Signature]
BMZ	Pickel Birgit	RL in	B. Pickel
BME	POUSEN	Referentin	Körke

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land



Einziger Punkt der Tagesordnung

Öffentliche Anhörung zum Thema „Entwicklungspolitisches bürgerschaftliches Engagement und internationale Freiwilligendienste“

Der **Vorsitzende** begrüßt die Mitglieder sowie die Besucherinnen und Besucher zur 3. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“. Einziger Tagesordnungspunkt sei die öffentliche Anhörung zum Thema „Entwicklungspolitisches Engagement und internationale Freiwilligendienste“. Hierzu heiße er folgende Sachverständige herzlich willkommen: Frau Gabriela Büssemaker (Engagement Global), Herrn Dr. Simon Ramirez-Voltaire (Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland/agl), Herrn Dr. Richard Auernheimer (Verein „Partnerschaft Rheinland-Pfalz - Ruanda“), Herrn Michael Bogatzki (Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee/AKLHÜ) sowie Frau Julia Eberhardt und Frau Hanna Hielscher (Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen/CSI). Außerdem begrüße er die anwesenden Vertreterinnen des BMZ und des BMFSFJ. Er weise darauf hin, dass als Tischvorlage PowerPoint-Präsentationen von Herrn Dr. Ramirez-Voltaire (*Anlage 1*), Herrn Dr. Auernheimer (*Anlage 2*), Herrn Bogatzki (*Anlage 3*) sowie Frau Eberhardt und Frau Hielscher (*Anlage 4*) vorlägen. Er bitte die Sachverständigen zunächst um ihre Eingangsstements.

Frau **Gabriela Büssemaker** (Engagement Global) weist darauf hin, dass sie eigentlich zunächst habe zwei kurze Videos zeigen wollen, was aus technischen Gründen leider nicht funktioniere. Die Videos zur Arbeit von Engagement Global (<http://www.engagement-global.de/mediathek-videos-Detail.html?mid=113>) und zum entwicklungspolitischen Schulwettbewerb des Bundespräsidenten (<https://www.youtube.com/watch?v=nL2Ga8RTGYc&list=PL7A75E04820437E81&index=7>) seien im Internet abrufbar. Zum Einstieg habe sie zwei Exponate mitgebracht. Dabei handele es sich zum einen um zwei Würfel, die Grundschüler im Rahmen des Schulwettbewerbs des Bundespräsidenten „Alle für eine Welt – Eine Welt für alle“ gebastelt hätten. Der Wettbewerb finde alle zwei Jahre statt und werde von Engagement Global organisiert. An der Erstellung der Würfel seien vier deutsche Grundschulen aus verschiedenen Bundesländern und

eine ugandische Schule beteiligt gewesen, die sich mit dem Thema „Schulweg“ beschäftigt hätten. Die beiden mitgebrachten Würfel symbolisierten auf eindrucksvolle Weise, wie sich die Schulwege von deutschen und ugandischen Kindern voneinander unterschieden. Das Beispiel zeige auch, dass Entwicklungspolitik bei Engagement Global bereits im Kindergarten anfangen, spätestens aber in der Grundschule. Das zweite Exponat, das sie mitgebracht habe, stamme von Preisträgern einer 12. Klasse, die sich ebenfalls mit dem Thema „Schulweg“ auseinandergesetzt und Schuhe produziert hätten. Während die deutschen Schülerinnen und Schüler beschrieben hätten, dass sie sich in jedem Urlaub ein neues Paar Schuhe kaufen, weil sie so gut wie nichts kosteten, hätten die Schülerinnen und Schüler der südlichen Partnerschulen angegeben, dass sie überhaupt nur ein Paar Schuhe besäßen. In diesem Jahr werde wieder eine Preisverleihung stattfinden, wobei die Beteiligung erneut sehr groß sei.

Im Folgenden wolle sie anhand von drei Fragen erklären, was Engagement Global tue. Die erste Frage laute: „Wie finde ich meinen Weg in der Entwicklungspolitik?“ Engagement Global sei vor rund zwei Jahren am 1. Januar 2012 gegründet worden und habe eine Wegweiserfunktion im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit inne. Viele Menschen wollten wissen, wie sie sich einbringen und was sie verändern könnten. Engagement Global helfe durch Beratung dabei, einen Weg durch den entwicklungspolitischen „Dschungel“ zu bahnen. Unter dem Dach von Engagement Global seien mehr als 25 Programme vereint, von denen sie heute nur eine kleine Auswahl vorstellen könne. Mit dem Programm „Bildung trifft Entwicklung“ (BtE) wolle man junge Menschen im Rahmen von Bildungsveranstaltungen für Fragen einer gerechten Gestaltung der Nord-Süd-Beziehungen und der Globalisierung sensibilisieren. Fachkräfte aus der Entwicklungszusammenarbeit thematisierten in den Veranstaltungen beispielsweise, wie sich das Verhalten in Deutschland auf das Leben in den Entwicklungsländern auswirke und welche Handlungsoptionen jeder Einzelne hier in Deutschland habe. Dies geschehe vor dem Hintergrund der Millennium Development Goals und des Aktionsprogramms der Bundesregierung zur Armutsbekämpfung.



Ein weiteres Programm für Vereine und Organisationen in der Inlandsarbeit sei das „Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung“ (FEB). Es unterstütze Projekte in Deutschland, die über entwicklungspolitische Themen aufklärten und die zeigten, wie sich Bürger entwicklungspolitisch engagieren könnten. Engagement Global berate beim Ausfüllen der Förderanträge, bei der Erstellung von Verwendungsnachweisen und unterstütze die Träger auch bei der Projektumsetzung. FEB fördere z. B. das Projekt „WELTbewusst“, das vom „Weltladen“ und der „BUNDjugend“ gemeinsam durchgeführt werde. Unter der Leitfrage „Wo drückt der Schuh?“ würden Jugendliche z. B. für die Produktionsbedingungen bei der Herstellung von Markenschuhen sensibilisiert und über die Preiszusammensetzung informiert. So werde thematisiert, dass ca. 50 Prozent des Preises im Einzelhandel verblieben und dass Näherinnen an einem 100-Euro-Schuh nur ca. 40 Cent verdienten. Ein weiteres Beispiel sei der Verein „Solidarität eine Welt Schwabmünchen“, der an Grundschulen in Augsburg Seminare rund um das Thema „Produktion und Handel mit Schokolade“ durchführe.

Ein weiteres Angebot sei „bengo“, die Beratungsstelle für private Träger in der Entwicklungszusammenarbeit. Bengo lotse private Träger durch die staatlichen Förderrichtlinien und berate sie in allen Phasen ihrer Projektvorhaben im Ausland. Denn für viele ehrenamtlich Engagierte sei es nicht einfach, einen Antrag auf Fördermittel zu stellen. Engagement Global biete deshalb Schulungen zu den Fördermöglichkeiten an und begleite Antragstellung, Projektumsetzung und Abrechnung.

Ein wichtiges Ziel von Engagement Global sei die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements. Man unterstütze Bürgerinnen und Bürger dabei, das richtige Angebot für ihr entwicklungspolitisches Engagement zu finden. Ein Jugendlicher, der sich bei der Mitmachzentrale melde, weil er nach dem Abitur und vor dem Berufseinstieg etwas Sinnvolles tun wolle, erhalte z. B. die Empfehlung, den entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „weltwärts“ in Betracht zu ziehen. „Weltwärts“ werde in beispielhafter Weise vom BMZ und von den zivilgesellschaftlichen Trägern gemeinsam gesteuert. Jährlich würden dabei fast 3.500 junge Menschen zwischen 18 und 28 Jahren für eine konkrete Pro-

jektarbeit über eine der fast 200 anerkannten Entsendeorganisationen ins Ausland entsandt. „Weltwärts“ sei ein bei Engagement Global angesiedelter sogenannter Lerndienst, bei dem der Nord-Süd-Austausch und das gemeinsame interkulturelle Lernen im Mittelpunkt stünden. In der Regel seien die Jugendlichen zwischen 13 und 24 Monate im Ausland. Viele Rückkehrer engagierten sich auch nach ihrem Freiwilligendienst weiter in der Entwicklungszusammenarbeit.

Die zweite Frage laute: „Wo drückt der Schuh?“ Hierzu wolle sie im Folgenden vier erfolgreiche Beispiele vorstellen. Seit Ende 2013 absolvierten erstmals 150 junge Menschen aus Entwicklungsländern über „weltwärts“ einen Freiwilligendienst in Deutschland. So seien z. B. ab diesem Monat in Halle sechs Kinder in Kindertagesstätten, in einem Kinderjugendhaus und in einer Freiwilligenagentur tätig. Darüber hinaus gebe es das entwicklungspolitische Schulaustauschprogramm (ENSA). Es organisiere Schulpartnerschaften mit wechselseitigem Schüleraustausch. So sei z. B. der Austausch eines Hamburger Gymnasiums mit einer Schule in Tansania gefördert worden. Jährlich nähmen rund 25 Schulen an diesem Projekt teil. Das Programm könnte noch ausgeweitet werden, wenn mehr Finanzmittel zur Verfügung stünden, da die Nachfrage regelmäßig das Angebot übersteige. In Frankfurt/Oder werde ein gemeinsames Projekt des Karl-Liebknecht-Gymnasiums sowie der Sportschule mit der deutschen internationalen Schule in Johannesburg gefördert. In Düsseldorf würden bei den „Eine Welt-Tagen“ tausende Menschen über eine der sechs Außenstellen von Engagement Global erreicht und über globale Fragen informiert. Die Veranstaltung finde bereits zum 30. Mal statt.

Die dritte Frage laute: „Wie verbessert Engagement Global die Dienstleistungen?“ Das Pilotprojekt bei „weltwärts“ mit der neuen Süd-Nord-Komponente habe sie ebenso bereits erwähnt wie das bengo-Programm, das es schon seit 25 Jahren gebe. Letzteres habe seine EU-Beratung ausgeweitet und berate neben vielen kleinen NGOs jetzt auch Kommunen. Man arbeite auch an einer elektronischen Bearbeitung aller Anträge, wobei die Herausforderung darin bestehe, dass die Organisationen häufig unterschiedliche IT-Systeme nutzten. Ein weiterer



Auftrag sei, Menschen für entwicklungspolitische Arbeit zu qualifizieren. Man erarbeite derzeit in enger Abstimmung mit der Zivilgesellschaft an der Umsetzung von Qualifizierungskonzepten. Dadurch sollten die Qualität der Dienstleistungen von Engagement Global erhöht und neue Impulse für die entwicklungspolitische Arbeit gegeben werden. Erfreulich sei die stets gute Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren, über die sicherlich später die anderen Organisationen noch berichten würden.

Eine wichtige weitere Aufgabe von Engagement Global bestehe darin, bestehende Angebote zu vernetzen. So gebe es aktuell z. B. das Pilotprojekt ASA-Kommunal. Das Programm bringe junge Menschen und Kommunen zusammen, die sich in Städtepartnerschaften oder Projekten entwicklungspolitisch engagierten. Es verbinde dabei das bestehende ASA-Programm, bei dem junge Studierende drei Monate für ein Projekt ins Ausland entsandt würden, mit den Servicestellen Kommunen in der Einen Welt (SKEW), die Städte und Gemeinden in ihrer entwicklungspolitischen Aktivität unterstützten. Solche Synergien versuche man auch bei anderen Programmen verstärkt zu nutzen. Eine weitere wichtige Aufgabe sei es, in enger Abstimmung mit dem BMZ und den Verbänden der Entwicklungszusammenarbeit die Förderinstrumente weiterzuentwickeln, um die Dienstleistungen von Engagement Global für die engagierten Bürgerinnen und Bürger weiter zu verbessern und den Einsatz der Steuergelder zu optimieren. Engagement Global habe zuletzt Mittel in Höhe von 160 Millionen Euro über das BMZ erhalten, von denen 144 Millionen Euro direkt an die Zivilgesellschaft und an die Kommunen weitergeleitet worden seien. Engagement Global biete allen entwicklungspolitischen Bildungs- und Förderprogrammen des Bundes ein gemeinsames Dach. Gemeinsam wolle man, wie der Staatssekretär heute betont habe, *der Dienstleister* für entwicklungspolitisches Engagement in Deutschland sein. Sie würde sich freuen, wenn sie mit ihrem Beitrag das Interesse der Mitglieder an der Arbeit von Engagement Global habe wecken können.

Herr **Dr. Simon Ramirez-Voltaire** (agl) bedankt sich zunächst für die Einladung und die Gelegenheit, über die Arbeit der agl berichten zu können.

Die agl sei der zivilgesellschaftliche Dachverband der 16 Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland. Er selbst leite die Geschäftsstelle der agl in Berlin. Jedes Landesnetzwerk habe seine eigene Identität, wobei die Geschäftsstelle auf Bundesebene versuche, die gemeinsamen Interessen zu bündeln, Diskurse anzuregen und durch die Beteiligung in Fachgremien, u. a. auch bei Engagement Global, die eigene Arbeit voranzubringen. Man lege großen Wert darauf, ein basisorientiertes Netzwerk mit partizipativen Strukturen und Mechanismen zu sein. Die 16 Landesnetzwerke seien die koordinierende Anlaufstelle für die entwicklungspolitischen Initiativen in den jeweiligen Bundesländern. Man sei auch eng verzahnt mit der Politik und betreibe Lobbyarbeit für nachhaltige Entwicklung. Zudem sei man Ansprechpartner vor Ort für eine Vielzahl von Akteuren im Bereich der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit und sei dadurch eng verbunden mit dem entwicklungspolitischen Engagement von Bürgern in kleinen Vereinen und Initiativen. Man habe ca. 6.000 Mitgliedsorganisationen in den Eine Welt-Landesnetzwerken und erreiche insgesamt ca. 8.200 Basisgruppen und Initiativen. Die Eine Welt-Landesnetzwerke seien die Interessenvertreter für diese Träger und Vereine in der Landespolitik und Projektträger in unterschiedlichen Konstellationen. Sie wirkten z. B. bei der Ausarbeitung entwicklungspolitischer Leitlinien in den Bundesländern mit und seien auch die zentralen Ansprechpartner für andere Akteure wie Landesregierungen, Kirchen, Engagement Global und SKEW.

Zentrale Instrumente für die Landesnetzwerke seien Information, Beratung und Qualifizierung. Man informiere über die entwicklungspolitischen Debatten in den Ländern, gebe Newsletter und Publikationen heraus und führe Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen entwicklungspolitischen Themen durch. Man biete Erstberatungen für Initiativen und Einzelpersonen an und berate bei Antragstellung, Projektentwicklung, Vereinsgründungen, Buchhaltung etc. Darüber hinaus führe man Maßnahmen zur Qualifizierung von Projekten in Form von Seminaren, Workshops und Fortbildungen durch. Zu den Themenbereichen, die man vorwiegend bearbeite, zählten globales Lernen, Konsum und Produktion mit Schwerpunkten auf fairem Handel und nachhaltiger Beschaffung, Migration, Diaspora und Entwicklung,



Umwelt, Klima und Entwicklung, Zivilgesellschaft und Partizipation sowie internationale Kooperation.

Das derzeit größte und wichtigste Projekt sei das Eine Welt-PromotorInnen-Programm. Es sei 2013 gestartet und werde von Engagement Global im Auftrag des BMZ und derzeit neun Bundesländern gefördert. Mit dem Programm werde das bürgerschaftliche Engagement in der entwicklungspolitischen Arbeit vor Ort mit einer Vielzahl von Initiativen und Maßnahmen unterstützt. Dazu zählten Kampagnen und Aktionen. Es gehe aber auch darum, mittels Vernetzung und Beratung in die Fläche hineinzuwirken und Ansprechpartner für Initiativen vor Ort zu sein. Inzwischen gebe es im gesamten Bundesgebiet mehr als 60 Promotorinnen und Promotoren. Eine Besonderheit des Programmes sei die Bund-Länder-Finanzierung, die zu 60 Prozent vom Bund und zu 40 Prozent von den neun beteiligten Bundesländern getragen werde. In diesem Jahr würden noch einmal drei Bundesländer hinzukommen, wobei man derzeit noch auf die Bewilligung des BMZ warte. Er wolle betonen, dass das gesamte Programm in zivilgesellschaftlicher Eigenregie durchgeführt werde und von einem Konsortium getragen werde, das aus der agl, der Stiftung Nord-Süd-Brücken und dem Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) bestehe, wobei die agl derzeit den größten Anteil am Projekt habe.

Er wolle kurz auf ein Beispiel eingehen und eine Promotorin für kommunale Entwicklungspolitik aus Berlin zitieren: „Viele Berliner Bezirke haben erkannt, dass Entwicklungspolitik das Zusammenleben im Kiez bereichert und wir wollen noch mehr Bezirke zur kommunalen Entwicklungspolitik motivieren.“ Die Promotorin vernetze kommunale Akteure der Zivilgesellschaft, der Bezirksverwaltung und der Politik. Sie organisiere Fachtagungen, berate und unterstütze bei der Antragstellung, stoße vor Ort Projekte an und diskutiere mit Vertretern der Berliner Bezirksverwaltung über Spielräume in den kommunalen Haushaltstiteln für entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Charakteristisch für diese Promotorin, aber auch für viele andere Promotoren, sei, dass sie aus einem kleinen Verein stamme und zwar der Städtepartnerschaft Kreuzberg/San Rafael del Sur. Dieses

Beispiel zeige idealtypisch, was man mit dem Promotorenprogramm beabsichtige: Vor Ort arbeiten, Akteure zusammenbringen, Prozesse anstoßen, Engagement fördern. Auf der nächsten Folie seien weitere Themenbeispiele von Promotoren aufgeführt: öffentliche Beschaffung, globales Lernen, Migration, Entwicklung und interkulturelle Öffnung. In NRW gebe es eine eigene Fachpromotorin für das Engagement junger Menschen. Teil des Konzeptes sei es auch, neben den vielen Promotoren, die thematisch arbeiteten, Regionalpromotoren ohne fachliche Fokussierung einzusetzen, um zu versuchen, in Regionen mit geringem Engagement oder mit wenigen entwicklungspolitischen Trägern Prozesse anzustoßen.

Er wolle noch kurz auf einige Highlights eingehen. In Baden-Württemberg habe man z. B. die Ausstellungen: „Baden-Württemberg ohne ausbeuterische Kinderarbeit“ und „Keine Ausbeutung mit Steuergeldern“ durchgeführt sowie eine Installation zum „fairen Büro“ gestaltet. In Bremen habe man ein entwicklungspolitisches Schulfußballturnier mit 600 Schülerinnen und Schülern veranstaltet. In Mecklenburg-Vorpommern habe man Anfang des Jahres eine Fachkonferenz zu sozialverträglicher IT-Hardware durchgeführt. Dies sei ein wichtiges neues Thema, das schwer zu bearbeiten sei, da es – im Gegensatz zu anderen Produktionsbereichen – kaum fair gehandelte Computer und IT-Hardware gebe. In NRW sei schließlich im April die Ausstellung „Weltgarten“ im Kölner Zoo eröffnet worden. Der Kölner Zoo habe jedes Jahr ungefähr 3 Millionen Besucher, die man mit einer Ausstellung zur Globalisierung und Schwerpunkten wie „Welt im Wandel“ oder „Lebensstil und Konsum“ zu erreichen versuche. Der Bund finanziere das PromotorInnenprogramm in diesem Jahr mit ca. 1,6 Millionen Euro, die beteiligten Länder gäben ihrerseits ca. 1 Million Euro hinzu.

Abschließend wolle er etwas zum politischen Rahmen und zu den Bezugssystemen sagen. Man stütze sich bei der Arbeit vor allem auf das Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation“ aus dem Jahr 2011. Eine der Kernaussagen des Berichts laute: Wenn man eine große Transformation in Richtung nachhaltige Entwicklung erreichen wol-



le, müsse dieses Projekt auf die Akzeptanz und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger stoßen. Deshalb versuche man, mittels der Promotoren die Bürgerinnen und Bürger direkt anzusprechen. Weitere wichtige Bezugspunkte seien die entwicklungspolitischen Leitlinien der Bundesländer sowie der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz zur Entwicklungspolitik.

Bedeutsam seien zudem die Diskussionen, die man gemeinsam mit VENRO und dem BMZ im Rahmen des Expertenforums führe. Grundlegend hierfür seien mehrere Auswertungen und Studien über bürgerschaftliches Engagement. Dazu zählten der Freiwilligen-Survey von 2009 sowie Befragungen von „Zivilgesellschaft in Zahlen“ und vom Wissenschaftszentrum Berlin. In diesem Kontext habe man im November 2013 gemeinsam mit dem BMZ eine Veranstaltung durchgeführt, um erste Ergebnisse zu diskutieren. Er wolle einige Stichworte herausgreifen, die in diesem Zusammenhang wichtig seien. Man wisse, dass die Engagierten überdurchschnittlich gebildet seien, dass sie idealistisch orientiert seien und dass sie sehr viel Zeit in ihr Engagement steckten. Auslöser für das Engagement seien oft eigene Erlebnisse und Erfahrungen, etwa bei Reisen. Das Engagement werde vor allem in Großstädten und in kleineren Vereinen ausgeführt, von denen 40 Prozent erst nach dem Jahr 2000 entstanden seien. Engagement lebe von der Vielfalt der Zugänge und der Kooperation von staatlichen, nichtstaatlichen, kirchlichen und individuellen Akteuren. Zentral für die Förderung von Engagement seien der Aspekt der Selbstorganisation, der Zugang zu Informationen und Fördermitteln sowie die Transparenz und die Anerkennung von zivilgesellschaftlichem Engagement. Diese Aspekte versuche man, mittels der eigenen Projekte zu fördern, stehe hierzu aber auch mit dem BMZ und mit VENRO in der Diskussion, um zu gemeinsamen Bewertungen und Perspektiven zu gelangen.

Herr **Dr. Richard Auernheimer** (Verein „Partnerschaft Rheinland-Pfalz – Ruanda“) bedankt sich für die Einladung und verweist auf die – neben der Präsentation – vorliegenden weiteren Unterlagen, die als Tischvorlage verteilt worden seien. Der Verein „Partnerschaft Rheinland-Pfalz – Ruanda“ stelle in der heutigen Anhörung eine gewisse Aus-

nahme dar, da er nur regional aufgestellt sei und eine regionale Geschichte habe. Die 1982 entstandene Partnerschaft sei auch eine Reaktion auf die Kritik an der damaligen Entwicklungspolitik des Bundes gewesen. Die Regierung Vogel in Rheinland-Pfalz habe damals erstmals eine Partnerschaft zwischen einem Bundesland und einem afrikanischen Land begründet. Dies sei auch gelungen, weil die beiden Partner – Ruanda habe in etwa die Größe von Rheinland-Pfalz und dem Saarland – gut zusammenpassten, auch wenn es große Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung gebe. Entstanden sei eine aus sehr vielen Einzelinitiativen bestehende Graswurzelpartnerschaft, bei der die Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe einer Basisausstattung durch den Partnerschaftsverein in die Lage versetzt würden, sich selber zu engagieren. Der Verein sei der eigentliche Akteur in dieser Partnerschaft und fungiere als Dienstleister im Auftrag des Landes für viele verschiedene Partner in Rheinland-Pfalz. Derzeit engagierten sich rund 40 bis 50 Vereine. Zudem unterhielten 230 Schulen Schulpartnerschaften. Mittlerweile seien auch alle rheinland-pfälzischen Universitäten und Fachhochschulen sowie zahlreiche Kirchengemeinden beteiligt. Man könne daher von einer sehr breit angelegten Partnerschaft in Rheinland-Pfalz sprechen, die immer wieder neu gelebt werden müsse. Obwohl noch einige Akteure der ersten Stunde aktiv seien, stehe ein Generationenwechsel bevor, den er in seiner Funktion als lebenserfahrener Vorsitzender begleite. Wichtig sei, dass nicht nur der Verein auf Landesebene bestehe und als Dienstleister fungiere, sondern dass die vielen Ortsvereine in Landau, in Bad Kreuznach, in Koblenz sowie die vielen einzelnen Schulstandorte die Hauptrolle spielten. Man wolle in Zukunft noch stärker mit dem Landesnetzwerk kooperieren und die internationale Zusammenarbeit im Lande stärker für alle Bürgerinnen und Bürger öffnen. Der Schwerpunkt der Partnerschaft habe von Anfang an im Bereich „Bildung und Aufbau von Schulen“ gelegen. Rund 20 bis 30 Prozent der heute in Ruanda bestehenden Schulen habe man mit aufgebaut. Dadurch habe man einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Schulbesuchspflicht von Kindern geleistet. Heute besuchten 98 Prozent der 6- bis 12-Jährigen in Ruanda die Schule, was eine ziemlich einmalige Schulbesuchsdichte sei. Die Schulbesuchszeit solle künftig auf 12 Jahre ausgeweitet



werden, was mit europäischen Verhältnissen vergleichbar wäre.

Ein zweiter wichtiger Schwerpunkt sei inzwischen die Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Fachhochschulen. In Kaiserslautern studierten derzeit 89 ruandische junge Menschen. Weitere 12 kämen in diesem Frühjahr an den Fachhochschulen in Bingen, Worms und Kaiserslautern hinzu. Auf diese Weise werde die Zusammenarbeit in die Zukunft getragen, denn junge Menschen, die nach ihrer Ausbildung zurück nach Ruanda gingen, könnten dort beim weiteren Aufbau des Landes mithelfen. Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt sei der Bereich „Gesundheitsvorsorge“. So habe beispielsweise der Verein „Krankenhaus Ruanda“ aus Kaiserslautern ein Krankenhaus in Ruanda aufgebaut, das in der Breitenwirkung sicher eines der besten Distriktkrankenhäuser sei, was insbesondere die Intensität der Krankenversorgung betreffe. So kämen u. a. Ärztgruppen zu bestimmten Aktionswochen zusammen. Auch Voranmeldungen von Patientinnen und Patienten seien möglich, sodass Spezialbehandlungen in den Bereichen Augenmedizin sowie Hals-Nasen-Ohren-Medizin durchgeführt werden könnten.

Zu konstatieren sei, dass die Partnerschaft nicht primär durch die öffentlich finanzierten Begleitbedingungen am Leben gehalten werde, sondern dass sie vom bürgerschaftlichen Engagement vieler Menschen in Rheinland-Pfalz und Ruanda lebe. Die Partnerschaft habe auch eine verändernde Wirkung auf die Menschen. Das Thema „Afrika und Ruanda“ sei in Rheinland-Pfalz inzwischen deutlich präsenter. Es sei auch nicht mehr sensationell, wenn junge Menschen aus Afrika in Kaiserslautern studierten. Trotz weiterhin bestehender Alltagsschwierigkeiten sei so etwas wie ein Gewöhnungseffekt eingetreten, auch wenn Studierende aus Ruanda darüber klagten, dass sie z. B. bei Kontrollen in der Straßenbahn manchmal etwas intensiver in Augenschein genommen würden als andere Fahrgäste. Auch wenn solche Alltagsmechanismen in Deutschland leider noch immer wirksam seien, habe man bei den Themen der Partnerschaft in der Zwischenzeit eine erstaunliche Öffnung erreicht. So bleibe zwar die Bekämpfung der Armut ein wichtiges Thema, aber man habe sich weitere Wirkungsbereiche er-

schlossen. So sei man z. B. an der inhaltlichen Gestaltung des Unterrichts beteiligt. Demnächst werde das pädagogische Landesinstitut ein „memorandum of understanding“ mit dem Institut für Erziehung in Kigali abschließen, in dem gemeinsame Ziele hinsichtlich der Verbesserung der Unterrichtssituation vereinbart würden. Ähnliches habe man in anderen Bereichen vor. So sei eine Zusammenarbeit zwischen dem statistischen Landesamt und dem nationalen Statistikamt in Ruanda sowie zwischen dem Bürgerbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz und dem Ombudsmann in Kigali geplant. Ansätze der Zusammenarbeit gebe es auch zwischen dem rheinland-pfälzischen Landtag und der Nationalversammlung in Kigali. Die Zusammenarbeit erfolge auch nicht immer nur über Projekte mit einem erheblichen finanziellen Aufwand, sondern manchmal bestehe sie auch nur in der Begegnung, in der ersten Reise. Beabsichtigt sei auch, das Internet stärker für die Zusammenarbeit zu nutzen. Ruanda sei diesbezüglich genauso gut erreichbar wie jedes andere Land. Die neuen Möglichkeiten der Kommunikation würden die Partnerschaft in Zukunft noch einmal stark verändern.

Man wolle auch die Kooperation mit der Bundesebene weiter verstärken. Es gebe eine Zusammenarbeit mit Engagement Global schon dadurch, dass sich deren Außenstelle in Mainz im selben Haus wie die Geschäftsstelle des Partnerschaftsvereins befinde. Das Land Rheinland-Pfalz stelle derzeit Haushaltsmittel in Höhe von rund 1,5 Millionen Euro zur Verfügung. Davon entfielen 500.000 Euro auf Kosten für die Geschäftsstelle des Vereins in Mainz, für das Koordinationsbüro in Kigali sowie für Beratung, Information und Begleitung von Projekten. Hinzu kämen die eigentlichen Projektmittel in Höhe von rund 1 Million Euro sowie Spenden, sodass man insgesamt auf einen Jahresumsatz von 3,5 Millionen Euro komme. Dies seien zwar sicher immer noch eher kleine Beträge, die nicht an der Höhe, sondern primär an der Wirkung der Zusammenarbeit zu messen seien. Dennoch müsse man in Zukunft weitere Kooperationsmöglichkeiten nutzen, z. B. bei Projekten zum Ausbau der regenerativen Energien oder beim Ausbau von Entsorgungs- und Versorgungsanlagen, und dabei auch nationale und internationale Förderwege stärker nutzen. 20 Jahre Erinnerung an den Genozid in Ruanda im Jahr 1994 sollte auch eine Ver-



pflichtung sein, darüber nachzudenken, wie die Rolle Deutschlands und Ruandas in dieser Situation gewesen sei und wie der Dialog darüber mit Bürgerinnen und Bürgern in Ruanda gestärkt werden könne. Wünschenswert wäre auch, wenn Deutschland eine stärkere Vertretung der Interessen Afrikas übernehmen würde und wenn der Bund sich an der Basisfinanzierung solcher Formen der Partnerschaft beteiligen würde, damit ein solches Modell Schule machen könne. Insgesamt sei die Partnerschaft ein Erfolg, den er nur zur Nachahmung weiterempfehlen könne.

Herr **Michael Bogatzki** (AKLHÜ) bedankt sich zunächst für die Einladung und die Gelegenheit, die Arbeit des Arbeitskreises Lernen und Helfen in Übersee vorstellen zu können. Er sei stellvertretender Vorsitzender des AKLHÜ und dort zuständig für die internationalen Freiwilligendienste. Im Hauptberuf sei er Programmdirektor von AFS Interkulturelle Begegnungen e. V., eine der größten Entsendeorganisationen im Rahmen der internationalen Freiwilligendienste. Um die Programme zu gestalten, arbeite man sehr eng mit den Ministerien, mit Engagement Global und mit dem Bundesamt für zivilgesellschaftliche Aufgaben zusammen.

Der vor etwas mehr als 50 Jahren gegründete AKLHÜ sei ein Zusammenschluss von insgesamt 30 Organisationen, die in den Bereichen „personelle Entwicklungszusammenarbeit“, „internationale Freiwilligendienste“ und „entwicklungsbezogene Bildungsarbeit“ aktiv seien. Zu seinen Aufgaben zählten vor allem die Beratung und Information von Interessierten in jeglicher Form. Es gebe alle zwei Jahre die Messe „Engagement weltweit“, diverse Publikationen und eine sehr gut besuchte Webseite. Der zweite Schwerpunkt der Arbeit sei die Verbandsarbeit für die angeschlossenen Partner.

Er werde im Folgenden drei Bereiche ansprechen: Er wolle erstens einige Zahlen zu den Themen „entwicklungspolitisches bürgerschaftliches Engagement“ und „internationale Freiwilligendienste“ vorstellen. Er wolle zweitens über Merkmale, Ausprägung und Motivation der sich engagierenden Rückkehrer informieren und er werde drittens auf

die Rahmenbedingungen entwicklungspolitischen Engagements eingehen.

Er komme zunächst zu den Engagementzahlen im Bereich der internationalen Freiwilligendienste. Seit dem Start des Internationalen Jugendfreiwilligendienstes des BMFSFJ (IJFD) im Jahr 2010 habe man knapp 8.000 Entsendungen pro Jahr. Davon entfielen rund 3.000 auf „weltwärts“, ungefähr ebenso viele auf den IJFD des BMFSFJ, 350 auf „kulturweit“ und 450 auf den europäischen Freiwilligendienst. Darüber hinaus gebe es ca. 1.000 Entsendungen im privatrechtlich organisierten Bereich. Dazu gehöre z. B. das Programm „Community-Service“ mit einem drei- bis sechsmonatigen Auslandsaufenthalt. Zur Frage des ehrenamtlichen Engagements der Rückkehrer gebe es verschiedene Untersuchungen. Die validesten Zahlen für die Altersgruppe der 14- bis 30-Jährigen liefere der Freiwilligensurvey von 2009, zu der auch die Gruppe der Rückkehrer zähle. Die Engagementquote der 14- bis 30-Jährigen liege bei 35 Prozent und sei in den letzten zehn Jahren konstant geblieben. Es gebe keine Gründe davon auszugehen, dass es bei Rückkehrern im Bereich der Freiwilligendienste anders wäre. Untersuchungen, die sich z. B. auf „weltwärts“ bezögen, kämen zu etwas höheren Zahlen. Insgesamt könne man sagen, dass ungefähr 3.000 Rückkehrer pro Jahr tatsächlich ehrenamtlich aktiv seien.

Die meisten Freiwilligendienstleistenden wiesen Abitur auf und nähmen demzufolge nach dem Dienst ein Studium auf. Es gebe bei ihnen trotz eher ungünstiger Rahmenbedingungen eine hohe Engagementbereitschaft. Studiengänge seien heute oft sehr verschult. Zudem müssten viele Studenten jobben, hinzu kämen Umzüge und Auslandsaufenthalte. Dies alles trage nicht unbedingt dazu bei, auch noch Zeit für ehrenamtliches Engagement zu haben. Daher sei es nicht verwunderlich, dass junge Menschen, die schon vor ihrem internationalen Freiwilligendienst ehrenamtlich engagiert gewesen seien, dieses Engagement zwar häufig beibehielten, allerdings in einem geringeren zeitlichen Umfang. Das Engagement entspreche vom Umfang her in der Regel der Studiendauer, also drei bis fünf Jahre, wobei es sich häufig um ein zielgerichtetes punktuell Engagement handele. Das Engagement der Rückkehrer sei



geprägt durch Eigeninitiative und Projektarbeit und weniger durch klassische Vereinsarbeit mit wöchentlichen Sitzungen und regelmäßige Veranstaltungen. Alle in diesem Bereich aktiven Organisationen seien daher aufgefordert, ihre Angebote der Zielgruppe entsprechend anzupassen.

Er habe schon erwähnt, dass viele Rückkehrer schon vor ihrem Dienst engagiert gewesen seien. Eine interne Untersuchung, bei der man 300 Rückkehrer befragt habe, habe u. a. ergeben, dass 60 Prozent der Teilnehmer durch den Dienst erstmalig zu einem Ehrenamt gekommen seien. 40 Prozent der Befragten habe angegeben, dass ihr internationaler Freiwilligendienst ein maßgeblicher Auslöser für ihr heutiges Engagement gewesen sei. Zentrale Motivationselemente seien die persönliche Biografie, Altruismus, der Ausbau von sozialen Kontakten und Kompetenzerwerb. Spaß dürfe das Engagement natürlich auch machen. Die Engagementfelder seien sehr breit gestreut. Zu konstatieren sei, dass Gemeinwohlorientierung generell wichtiger sei als die Frage, ob es sich um ein entwicklungspolitisches Thema handele. Grundsätzlich könne man aber sagen, dass entwicklungspolitisches Engagement zunehme, da Rückkehrer von vielen Entsendeorganisationen aktiv in ihre Programmarbeit eingebunden würden und dort vielfältige Aufgaben übernähmen. Im Freiwilligensurvey, dessen nächste Erhebungswelle in diesem Jahr anstehe, würden 14 Engagementfelder abgefragt, entwicklungspolitisches Engagement gehöre leider nicht dazu. Es wäre aus seiner Sicht begrüßenswert, wenn dieses wichtige Engagementfeld beim nächsten Mal mit berücksichtigt würde. Dies würde wertvolle zusätzliche Erkenntnisse bringen.

Was die Rahmenbedingungen angehe, stehe entwicklungspolitisches Engagement vor den gleichen Herausforderungen wie ehrenamtliches Engagement generell. Es gehe darum, dass Engagement möglichst frühzeitig im Kinder- und Jugendalter begonnen werde. Dies sei allerdings auch die Phase, wo es heute höhere Anforderungen und Erwartungen an junge Menschen seitens der Gesellschaft gebe. Es gehe daher darum, Freiräume für ehrenamtliches Engagement zu schaffen. Eine wichtige ordnungspolitische Frage sei die Umsatzsteuerbefreiung von Organisationen. Die Verbesse-

rung der Anerkennungskultur, die auch im Koalitionsvertrag erwähnt werde, sei ein weiterer wichtiger Punkt. Konkret gehe es z. B. um die Anerkennung des Freiwilligendienstes als Wartesemester, auch wenn er sich bewusst sei, dass damit Bildungsfragen und somit Länderzuständigkeiten berührt seien.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den beiden für das Thema „Freiwilligendienste“ maßgeblichen Ministerien ergebe sich ein differenziertes Bild. Auf der persönlichen Ebene funktioniere die Zusammenarbeit hervorragend. Sowohl „weltwärts“ als auch der IJFD seien tolle Programme. Aus ordnungspolitischer Sicht müsse man aber auch sagen, dass internationale ebenso wie nationale Freiwilligendienste durchaus auch in zivilgesellschaftlicher Eigenregie durchgeführt werden könnten. Die Begleitung und die Durchführung von Engagement Global seien – Frau Büsemaker möge es ihm verzeihen – manchmal schon recht kleinteilig. Es gebe mitunter auch eine sehr starke Steuerung, wo mehr Freiraum, mehr Gestaltungsmöglichkeiten und mehr Pluralismus durchaus wünschenswert und möglich wären. Dasselbe ließe sich auch für die nationalen Freiwilligendienste und die Dualität von BFD und FSJ durchdeklinieren.

Wenn man über entwicklungspolitisches ehrenamtliches Engagement in Deutschland spreche, sehe er für die Zukunft einen Hebel darin, den gemeinsamen Austausch über Ziele und Ressourcen in der Entwicklungszusammenarbeit zu stärken. Im Bereich der internationalen Freiwilligendienste gelte es nicht nur auf die Entsendeprogramme, sondern auch auf die Incoming-Programme zu schauen. Man entsende im Moment rund 6.000 Freiwillige jedes Jahr ins Ausland. Warum nehme man nicht ebenso viele Freiwillige aus dem Ausland in Deutschland auf? Dies würde aus seiner Sicht einem reichen Land wie der Bundesrepublik gut zu Gesicht stehen und wäre zudem ein wichtiger Hebel für die Stärkung des entwicklungspolitischen Ehrenamtes in Deutschland. Internationale Freiwilligendienste führten aus Sicht des AKLHÜ zu einem überdurchschnittlichen Engagement nach der Rückkehr und stärkten bürgerschaftliches Engagement in Deutschland insgesamt. Den Ausbau von Incoming-Program-



men sehe man als einen sehr sinnvollen Beitrag zur Diskussion der sogenannten Sustainable Development Goals für die Zeit nach 2015.

Frau **Hanna Hielscher** (CSI/Universität Heidelberg) bedankt sich für die Einladung und die Möglichkeit, im Rahmen der Anhörung erste Zwischenergebnisse des Forschungsprojekts „Internationalisierung der Freiwilligendienste FSJ, FÖJ und BFD. Das Potenzial von Incoming für Deutschland“ vorstellen zu können. Bei der Studie des Centrums für Soziale Investitionen und Innovationen handele es sich um eine freie Forschung, die allerdings durch das BMFSFJ gefördert werde. Das CSI sei ein interdisziplinäres Forschungs-, Bildungs- und Beratungszentrum, das an der Universität Heidelberg angesiedelt sei. Der Abschluss der auf zwei Jahre angelegten Studie zu Incoming in Deutschland sei für Mai 2015 geplant. Frau Eberhardt und sie würden heute über den aktuellen Stand berichten und einen Ausblick auf den weiteren Verlauf des Projektes geben.

Das Projekt gliedere sich in zwei Phasen. In der Ende letzten Jahres abgeschlossenen ersten Phase habe man zunächst ein Mapping des Feldes vorgenommen, d. h. man habe die bestehenden Dokumente und Forschungsergebnisse zum Incoming-Bereich systematisch gesichtet und analysiert. Zugleich habe man mit insgesamt 24 Experten aus dem Feld, die schon Erfahrungen mit Incoming-Freiwilligen in Deutschland gemacht hätten, Interviews geführt. Die vorliegenden statistischen Daten von Zentralstellen, Trägern und Einsatzstellen ließen es nicht zu, ein repräsentatives Bild über die Zahl der Incoming-Freiwilligen in Deutschland zu zeichnen. Gleichwohl könne man von einer Größenordnung von ungefähr 600 bis 800 Incomern im FSJ, FÖJ und BFD ausgehen. Nicht mitgezählt seien dabei Menschen, die für Workcamps nach Deutschland kämen. Weitere 500 Freiwillige kämen über den europäischen Freiwilligendienst nach Deutschland.

In der jetzigen zweiten Projektphase untersuche man die Wirkung des Dienstes einerseits auf die Freiwilligen und andererseits auf die empfangenden Organisationen in Deutschland. Dazu nutze man Fokusgruppen und Einzelinterviews, aber

auch Onlinesurveys. Während der ersten Projektphase habe man festgestellt, dass es bisher kaum Untersuchungen und Daten zum Incoming-Bereich in Deutschland gebe. Man habe allerdings zwei Vergleichsebenen identifiziert. Das sei einmal der „Outgoing“-Bereich, z. B. beim entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „weltwärts“. Hier seien auch Untersuchungen über Erfahrungen und Wirkungen vorhanden. Ob man daraus Vergleiche zum Incoming-Bereich ziehen könne, wisse man derzeit noch nicht. So sei z. B. bisher noch nicht bekannt, welchen Einfluss es habe, wenn Personen im Rahmen eines Freiwilligendienstes in ein Land gingen, das entweder ärmer oder reicher als ihr eigenes sei. Trotzdem sei die vorhandene Literatur wertvoll, um die eigenen Daten später in den Gesamtkontext der Forschungsergebnisse zu den Freiwilligendiensten einordnen zu können. Weitere Vergleichsebenen könnten z. B. Au Pair oder das Erasmus-Programm sein. Auf internationaler Ebene habe man sich Frankreich und vor allem Norwegen angeschaut, die schon über längere Erfahrungen mit Incomern verfügten. Das schon seit 50 Jahren bestehende staatliche Programm „FK Norway“ sei von Beginn an nicht nur auf eine einseitige Entsendung von Freiwilligen, sondern auf den Austausch angelegt gewesen. In Norwegen sei die Absolvierung eines Freiwilligendienstes inzwischen sogar als Grund für die Erteilung eines Visums gesetzlich verankert.

Um Incoming überhaupt als Untersuchungsfeld betrachten zu können, habe man nach der ersten Sichtung der vielschichtigen Incoming-Praxis in Deutschland eine eigene Definition entwickelt, die man in der Studie nutze. Als Incomer würden alle Personen betrachtet, die für einen Freiwilligendienst aus dem Ausland eingereist seien bzw. die ihr Visum zu diesem Zweck geändert oder auch verlängert hätten. Damit würden von dieser Definition auch Personen erfasst, die z. B. vorher schon für ein Au Pair in Deutschland gewesen seien. An dieser Stelle wolle sie betonen, dass die Studie Incoming vor allem im BFD, FSJ und FÖJ untersuche und nicht so sehr Incoming-Formate mit entwicklungspolitischem Charakter betrachte. Die Arbeitsdefinition schließe auch den speziellen Förderbedarf von Incomern ein, dessen Kriterien vom Bundesfamilienministerium sowie von Trägern und Zentralstellen gemeinsam entwickelt worden seien. Die zusätzliche Förderung für



Incomer umfasse demnach die Freiwilligen, die innerhalb der letzten fünf Jahre nicht länger als sechs zusammenhängende Monate in Deutschland gewesen seien, deren Muttersprache nicht Deutsch sei und die im Rahmen eines Incoming-spezifischen pädagogischen Konzeptes betreut würden. Seien diese Voraussetzungen erfüllt, könnten Organisationen eine zusätzliche Förderung in Höhe von 100 bis 150 Euro für die Incomer abrufen.

Sie komme nun zu den ersten Schlüssen aus der eigenen Erhebung. Bei den Experteninterviews habe man drei Traditionslinien identifizieren können, die in den im Incoming-Bereich aktiven Organisationen vorhanden seien. Die erste Traditionslinie weise auf eine grundlegende interkulturelle Ausrichtung der Organisationen hin, bei der Reziprozität, also der gegenseitige Austausch, ein Grundprinzip sei. Die zweite Traditionslinie beziehe sich vor allem auf langjährig bestehende bilaterale Partnerschaften. Als dritte Traditionslinie lasse sich die Chance zur Erweiterung der Zielgruppe identifizieren. Vertreter solcher Organisationen hätten angegeben, sie seien beispielsweise von einem Träger, der auf der Suche nach einer geeigneten Einsatzstelle sei, darauf angesprochen worden. Ihre Kollegin Julia Eberhardt werde im Folgenden auf die ersten Ergebnisse zu den Merkmalen der Freiwilligen eingehen.

Frau **Julia Eberhardt** (CSI/Universität Heidelberg) erklärt, sie werde über erste Ergebnisse der Fokusgruppengespräche sowie der Befragung von Freiwilligen an den Bildungszentren berichten. Zunächst sei festzustellen, dass sich die Einsatzstellen der Incoming-Freiwilligen kaum von denen der nationalen Freiwilligen unterschieden. Man finde sie in den Bereichen Forschung, Kinder- und Jugendbetreuung, Sport, Umweltschutz, Soziales sowie in religionsgebundenen Einrichtungen. Die These, dass es sich um ein reines Entwicklungszusammenarbeitsthema handele, habe sich nicht bestätigt. Vielmehr kämen die meisten Freiwilligen aus Europa und hier wiederum aus Mittel- und Osteuropa. Eine wichtige Rolle spielten vor allem der deutsch-polnische sowie der deutsch-französische Austausch. Incoming-Freiwillige seien im Durchschnitt deutlich älter als Outgoing-Freiwillige. Während Incoming-Freiwilligen zumeist Anfang oder Mitte 20 Jahre alt seien, absolvierten

Outgoing-Freiwillige ihren Freiwilligendienst oft direkt nach dem Abitur. Incoming-Freiwillige wiesen überwiegend eine höhere Schulbildung auf. Fast 80 Prozent hätten die Sekundarstufe II absolviert und verfügten über Fachabitur oder allgemeine Hochschulreife. Diese höhere Schulbildung hänge auch mit dem höheren Alter der Freiwilligen zusammen, trotzdem gebe es eine gewisse Tendenz zu einem Elitendienst. Die meisten Incoming-Freiwilligen gäben an, ihre Berufsausbildung bei Dienstantritt bereits abgeschlossen zu haben oder sich am Ende ihrer Berufsausbildung oder ihres Studiums zu befinden. Zusammenfassend könne man konstatieren, dass Incoming-Freiwillige älter als deutsche Freiwillige seien, dass sie mehr Berufserfahrung aufwiesen und ihren Dienst eher nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung anträten, während Outgoing-Freiwillige ihren Dienst in der Regel direkt nach der Schullaufbahn absolvierten. Die meisten Incoming-Freiwilligen hätten Deutschkenntnisse, bevor sie ihren Dienst anträten. Viele seien zuvor auch schon einmal in Deutschland gewesen. Die Möglichkeit, einen Freiwilligendienst in Deutschland zu absolvieren, verbreite sich hauptsächlich über Mund-zu-Mund-Erzählung bzw. erfolge durch Internetrecherche. Aufgrund der Fokusgruppengespräche zeichne sich ferner ab, dass sich die Motive von Incomern und Inlandsfreiwilligen ähnelten. Beide Gruppen wollten sich durch den Dienst persönlich und beruflich weiterentwickeln und etwas Neues lernen. Incoming-Freiwillige gäben darüber hinaus an, dass es ihnen auch darum gehe, Deutschland kennenzulernen und dass sie den Freiwilligendienst als Orientierungsphase nach abgeschlossener Berufsausbildung nutzten.

Aufgrund der Fokusgruppeninterviews habe man vier Typen von Incomern identifiziert, wobei sie betonen wolle, dass es sich um Zwischenergebnisse handele, die sich noch verändern könnten. Man könne zwischen dem sinnsuchenden, dem pragmatischen, dem helfenden und dem spezialisierten Typ unterscheiden, die im Folgenden anhand von Zitaten aus den Fokusgruppen charakterisiert würden. Beim sinnsuchenden Typ stünden vor allem die Orientierung und der Wunsch nach Lebenserfahrung im Vordergrund. So habe ein Freiwilliger folgende Aussage getroffen: „Ich möchte einen Master machen, aber ich brauche ein



Jahr davor, in dem ich lernen kann, was ich genau in Zukunft möchte“. Im Gegensatz hierzu stehe der pragmatische Typ, dem es eher um praktische Erfahrungen gehe. Beispielhaft hierfür stehe folgende Aussage eines Freiwilligen: „Und dann habe ich gedacht, naja, so ein ganzes Jahr wäre für mich also die Möglichkeit, in Deutschland zu arbeiten. Und das heißt auch, die Sprache zu lernen. Und... ja...für mich war es auch wie ein Praktikum, also Erfahrungen für mich. Und auch für meinen Lebenslauf.“ Der helfende Typ zeichne sich vor allem dadurch aus, dass er Menschen unterstützen wolle. Auffallend sei das besondere Interesse, Einblick in die Arbeit mit behinderten Menschen zu erlangen, weil viele Incomer dazu in ihrer Heimat keine Möglichkeit hätten. Eine Freiwillige habe dazu exemplarisch erklärt: „Also, ich habe mich entschieden für dieses Programm, weil ich in meinem Land auch bei einer NGO gearbeitet habe und ich habe gesehen, wie wichtig es ist, Hilfe an schwache Menschen zu geben und auch, wie sehr sie Hilfe brauchen in dieser Welt“. Der spezialisierte Typ verfolge zwar auch ein bestimmtes Ziel mit dem Freiwilligendienst, unterscheide sich aber noch einmal dadurch, dass er in einem bestimmten Themenbereich Kenntnisse erwerben wolle. Auch das Kennenlernen von Kultur, Sprache und Menschen in Deutschland sei für diesen Typus zentral. Die meisten Freiwilligen bräuchten daher auch eine gewisse Vorbildung mit. So habe ein Freiwilliger erklärt: „Und da ich auch Deutsch in der Schule gelernt habe und dann studiert habe, habe ich mich entschieden, in Deutschland das Projekt zu machen, damit ich auch meine Kenntnisse verbessern kann.“

Die ersten Schlussfolgerungen lauteten daher, dass für die Organisationen unterschiedliche Anreizstrukturen bestünden, Freiwillige aus dem Ausland zu empfangen. Die ausländischen Freiwilligen hätten vielfältige Motivationen, einen Freiwilligendienst in Deutschland zu absolvieren. Sie seien in der Regel älter und verfügten über mehr Berufserfahrung als deutsche Freiwillige. Informationen über den Freiwilligendienst erhielten sie vor allem durch persönliche Kontakte und über das Internet.

Zum Abschluss wolle sie einen kurzen Ausblick auf den weiteren Verlauf der Studie geben. Aktuell

befinde man sich, wie von Frau Hielscher bereits angesprochen, in der Erhebungsphase. Derzeit würden verschiedene Befragungen von Freiwilligen parallel durchgeführt. Im weiteren Verlauf werde man sich der Ebene der Träger und Einsatzstellen widmen und diese befragen, warum es für sie interessant sei, Incomer zu haben. Der Abschluss der Studie sei für Frühjahr 2015 geplant.

Der **Vorsitzende** dankt den Sachverständigen für ihre Eingangsstatements, die ein beeindruckend vielfältiges Engagement deutlich gemacht hätten. Die Diskussion eröffne die Kollegin Schulz-Asche.

Abg. **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedankt sich für die Präsentationen, die gezeigt hätten, dass es sich um ein sehr interessantes Engagementfeld handele. Ein wenig erstaunt habe sie der Hinweis, dass das Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit im Freiwilligenurvey nicht erfasst werde. Es wäre daher vielleicht eine Anregung dieses Engagementfeld beim nächsten Mal mit zu berücksichtigen, wenn man mit Engagement Global schon eine eigene Organisation habe, die entwicklungspolitisches Engagement fördere, und nicht unerhebliche Bundesmittel in diesen Bereich flößen.

Ihre erste Frage an die Sachverständigen sei, welche Personen sich genau in diesem Feld engagierten. Den Eingangsstatements habe sie entnommen, dass sich vor allem Menschen mit höherer Bildung engagierten. Sie interessiere, welche Möglichkeiten es gebe, auch andere Gruppen verstärkt für eine Mitarbeit zu gewinnen. Ein Effekt im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit könne gerade bei den beschriebenen Graswurzelinitiativen sein, sich mit anderen Kulturen auseinanderzusetzen und Verständnis für sie zu entwickeln. Dies könne auch wichtige Lernprozesse für das Zusammenleben vor Ort auslösen. Entscheidend sei für sie daher die Frage, wie man dieses Engagement stärker in die Breite tragen könne, um noch mehr Menschen für das Thema zu begeistern. Die beschriebenen Schulansätze seien hierfür ein gutes Beispiel. Es stelle sich jedoch die Frage, wie nachhaltig diese seien und ob es Erkenntnisse darüber gebe, ob sich diese Schulprogramme auch in mehr Engagement niederschlü-



gen. Darüber hinaus interessiere sie, ob es Unterschiede hinsichtlich des Alters und Geschlechts im Bereich des entwicklungspolitischen Engagements gebe und ob es Erkenntnisse darüber gebe, wie nachhaltig die Wirkung der Projekte in den Partnerländern sei.

Aktuell gebe es international die Diskussion über den Post-Agenda-Prozess und die Weiterentwicklung der Millenniumsziele. Ihre Frage sei, inwieweit sich die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland in diese Diskussion einbrächten, denn dies wäre ja auch eine wichtige Form von Wirkung in die deutsche Gesellschaft hinein. Darüber erkundigt sich die Abgeordnete, welche Erfahrungen die zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Beratung von Politik und bei der Umsetzung der Ministerpräsidentenkonferenzempfehlung gemacht hätten. Frau Büsemaker habe eingangs erwähnt, dass Engagement Global eng mit der Zivilgesellschaft kooperiere. Sie interessiere, ob sich die Vernetzung zwischen den verschiedenen Akteuren seit der Gründung von Engagement Global im Jahr 2012 verbessert habe und wo es gegebenenfalls noch Handlungs- und Optimierungsbedarf gebe.

Abg. **Sylvia Pantel** (CDU/CSU) erkundigt sich nach etwaigen Geschlechterunterschieden bei den Freiwilligen, die aus dem Ausland nach Deutschland kämen. Es sei auch darauf hingewiesen worden, dass nur wenige, die einen Freiwilligendienst im Ausland absolvierten, einen Berufsabschluss hätten. Sie interessiere, ob es diesbezüglich eine gezielte Ansprache, z. B. in Berufsschulen, gebe. Sie mache seit 20 Jahren Bildungspolitik und könne sich nicht daran erinnern, dass entsprechende Austauschprogramme durch Berufskollegs, Handwerkskammern oder IHKs gefördert würden. Außerdem interessiere sie, wie es um die Bereitschaft in Deutschland stehe, Incomer für einen längeren Zeitraum aufzunehmen.

Abg. **Dr. Karamba Diaby** (SPD) bedankt sich ebenfalls zunächst für die einführenden Beiträge der Sachverständigen. Er habe eine Frage zu den Einsatzländern. Er könne sich daran erinnern, dass es bei „weltwärts“ eine Liste mit Ländern gebe, in die keine Jugendlichen für die Absolvierung eines

Freiwilligendienstes entsandt würden. Ihn interessiere, inwieweit diese Liste ständig aktualisiert werde bzw. ob es diesbezüglich einen Handlungsbedarf gebe. Darüber hinaus erkundigt er sich, ob es eine Statistik darüber gebe, in welchem Umfang Jugendliche mit Migrationshintergrund internationalen Freiwilligendienst absolvierten.

Abg. **Dr. Rosemarie Hein** (DIE LINKE.) dankt den Sachverständigen für ihre eindrucksvollen Beschreibungen, die gezeigt hätten, auf welcher vielfältigen Art und Weise man Freiwilligenarbeit im internationalen Bereich leisten könne. Daraus ergäben sich für sie einige Fragen. Frau Büsemaker habe darauf hingewiesen, dass Engagement Global noch eine relativ junge Einrichtung sei. Sie interessiere, was der Grund für die Gründung gewesen sei und wo sich Engagement Global im Verhältnis zu den anderen Akteuren verorte. Frau Büsemaker habe auch erwähnt, Engagement Global sei „Dienstleister“. Sie interessiere, was man sich in der Praxis darunter vorzustellen habe und was Engagement Global mit den anderen am Tisch sitzenden Sachverständigen und den von ihnen repräsentierten Organisationen konkret zu tun habe. An Herrn Ramirez-Voltaire habe sie die Frage, welchen Anteil der internationale Austausch, z. B. in kommunalen Projekten, in den Landesnetzwerken habe. Das sei ihr aus den bisherigen Ausführungen nicht deutlich geworden. Frau Hielscher und Frau Eberhardt hätten „Erasmus“ als Vergleichsebene angesprochen. Als Bildungspolitikerin interessiere sie besonders, welche Beziehungen es zwischen den internationalen Freiwilligendiensten und den Erasmus-Programmen gebe. Außerdem interessiere sie sich für die inhaltlichen Berührungspunkte, die es auf der Arbeitsebene zwischen den Sachverständigen gebe.

Abg. **Svenja Stadler** (SPD) bedankt sich ebenfalls zunächst bei den Sachverständigen für ihre interessanten Beiträge. Ihre Fragen richteten sich in erster Linie an Frau Büsemaker, die u. a. darauf hingewiesen habe, dass Engagement Global gegründet worden sei, um als Servicestelle unterstützend zu wirken. Sie interessiere, was Engagement Global speziell zur Förderung des Engagements tue. Es sei auch erwähnt worden, dass sich viele Freiwillige nach der Rückkehr aus dem Ausland in Deutschland engagierten. Würden diese bei



ihrem Engagement sich selbst überlassen oder würden sie in ihrem Engagement unterstützt und begleitet? Frau Büssemer habe auch betont, dass Engagement Global *der* Dienstleister in Bezug auf die entwicklungspolitische Zusammenarbeit werden wolle. Sie frage sich, welche Rolle in diesem Zusammenhang den Nichtregierungsorganisationen beigemessen werde. Von Herrn Auernheimer würde sie gerne wissen, welches Verständnis von Partnerschaft der Verein habe. Baue der Verein Schulen in Ruanda selbst oder würden diese von der einheimischen Bevölkerung gebaut und der Verein unterstütze den Aufbau lediglich finanziell?

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU) bedankt sich bei den Sachverständigen für ihre vielfältigen Informationen. Sie interessiere, inwieweit die verschiedenen Verbände zusammenarbeiteten und sich untereinander austauschten, auch um Doppelstrukturen zu vermeiden oder ob das Verhältnis eher von Konkurrenz geprägt sei. Herr Auernheimer habe die Tätigkeit seines Vereins in Ruanda sehr anschaulich und nachvollziehbar geschildert. Sie interessiere sich zum einen für die Altersstruktur der Engagierten im Verein und zum anderen dafür, ob potenziell Interessierte von sich aus auf den Verein bezüglich eines Engagements zukämen oder ob der Verein gezielt Personen anspreche, weil es in bestimmten Bereichen Engagementbedarfe gebe. Herr Auernheimer habe auch erwähnt, dass sich sowohl Schulen und Hochschulen, aber auch Ärzte im Rahmen der Partnerschaft engagierten. Sie erkundigt sich, ob das Engagement tatsächlich quer durch die gesamte Gesellschaft reiche. Die Kollegin Pantel habe bereits erwähnt, dass es mitunter schwierig sei, Gastfamilien für die Aufnahme von Incomern zu finden. Sie interessiere, wie sich die Incomer finanzierten und ob sie auch in den Familien begleitet würden.

Der **Vorsitzende** dankt den Kolleginnen und Kollegen für die vielfältigen Fragen. Folgende Themen habe er sich u. a. notiert: Bildungsstatus, Nachhaltigkeit, Millenniumsziele, Unterstützung und Begleitung der Incomer, Zusammenarbeit zwischen den Organisationen sowie viele weitere Einzelaspekte. Bei der Beantwortung der Fragen beginne man dieses Mal in umgekehrter Reihenfolge.

Frau **Hanna Hielscher** (CSI/Universität Heidelberg) weist hinsichtlich der Frage, wie mehr Personen für ein Engagement, z. B. auch im Incoming-Bereich, motiviert werden könnten, darauf hin, dass es hierbei vor allem um die Verbesserung der Rahmenbedingungen gehe. Wie leicht oder schwer sei es z. B. für Incomer im Heimatland an ein Visum zu gelangen? Wie oft müssten sie zum Konsulat fahren, um das Visum zu beantragen? Solche Reisen könnten sich manche leisten, andere dagegen nicht. Aus den Fokusgruppeninterviews sei auch deutlich geworden, dass viele Freiwillige von der Möglichkeit, einen Freiwilligendienst in Deutschland absolvieren zu können, über andere erfahren hätten, die schon im Land gewesen seien und entsprechend gut informiert gewesen seien. Für viele andere sei es dagegen schwierig, überhaupt an Informationen zu gelangen, dass in Deutschland im Rahmen von FSJ, FÖJ und BFD auch ein Engagement für Menschen aus dem Ausland möglich sei. Eine Informationsstelle, z. B. seitens des Auswärtigen Amtes oder des Konsulates in den jeweiligen Ländern, könnte hilfreich sein, um eine größere Zielgruppe zu erreichen.

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU) erklärt, sie habe vorhin vergessen, eine Frage zu stellen. Frau Hielscher habe erwähnt, dass gerade Norwegen und Frankreich im Incoming-Bereich relativ weit seien. Was sei das Besondere in diesen Ländern und wovon könne Deutschland vielleicht auch lernen, z. B. bei der Vereinfachung von Abläufen?

Frau **Julia Eberhardt** (CSI/Universität Heidelberg) antwortet, bei FK Norway gebe es eine dreimonatige Vorbereitung und eine dreimonatige Nachbereitung im Heimatland. Auf diese Weise sei auch die Rückkehr der Teilnehmer in das Heimatland gewährleistet, da der Dienst nicht mit der Zeit in Norwegen beendet sei, sondern erst mit der dreimonatigen Projektphase im eigenen Heimatland. Das sei aus deutscher Sicht zunächst einmal nicht unproblematisch, da deutsche Steuergelder nicht ohne weiteres im Ausland verausgabt werden könnten. Von den Experten habe man auch gehört, dass die Auswahl der Freiwilligen Schwierigkeiten bereite. Wie gewährleisten sie z. B., dass alle an Informationen gelangen könnten? Oftmals gebe es auch nur ein Skype-Gespräch, bevor die



Freiwilligen den Freiwilligendienst absolvierten. Auch die Rückkehr nach Hause stelle zum Teil ein Problem dar. Viele Freiwilligen hätte es schwer, sich wieder in ihrem Heimatland zurechtzufinden und bräuchten dabei ein wenig Begleitung. Hierbei könne eventuell die Partnerorganisation vor Ort behilflich sein. Auf der anderen Seite müsse man auch sehen, dass die Möglichkeit, ohne Partnerstruktur über den BFD als Incomer nach Deutschland zu kommen, ein ziemlich großer Fortschritt sei und auch eine Erleichterung darstelle. Sowohl die partnerschaftliche Struktur als auch der freie Zugang hätten jeweils Vorteile.

Mit Engagement Global und dem AKLHÜ arbeite man bei der Studie eng zusammen. So sei z. B. auch der Zugang zu Freiwilligen zustande gekommen. Was die Fragen nach den Genderunterschieden der Freiwilligen und der Bereitschaft zur Aufnahme von Incomern in Deutschland angehe, wolle sie vorweg schicken, dass Incomer nirgendwo zentral erfasst würden. Incomer aus dem europäischen Ausland bräuchten kein Visum und könnten ihren Freiwilligendienst daher sehr gut selbstständig organisieren. Sie würden zum Teil auch nicht als Incomer, sondern als normale BFDler geführt. Genderunterschiede seien von Land zu Land unterschiedlich ausgeprägt. Incomer aus Kenia seien z. B. eher weiblich, aus Südamerika eher männlich. Dies habe man in der ersten Abfrage jedoch nicht eigens erfasst, weil man zunächst einen Zugang zu den Freiwilligen herstellen wollen. Bei „weltwärts“ dominierten nach ihrer Erinnerung die Frauen, auch wenn sie genaue Zahlen leider nicht parat habe. Das Verhältnis sei aber wohl ähnlich wie bei den nationalen Freiwilligendienstleistenden, wo es – insbesondere in den sozialen Bereichen – mehr weibliche Teilnehmer gebe.

Die Unterbringungssituation der Incomer in Deutschland sei vielfältig. Sie lebten entweder in organisierten WGs, selbstständig oder in Gastfamilien. Manche würden auch über Kirchengemeinden aufgenommen und seien dann nicht einer Einsatzstelle, sondern einer Kirchengemeinde zugeordnet, was noch einmal eine besondere Form darstelle. Die Frage nach der Unterkunft sei für die Träger das größte Problem, weil es auch das finanziell Schwierigste sei. Die Freiwilligen erhielten je

nach Programm ein Taschengeld und sie seien sozialversichert. Die Träger erhielten vom Bund eine Aufwandspauschale für die pädagogische Betreuung und den zusätzlichen Förderbedarf. Diese Praxis sei an das BFD-Gesetz angelehnt, da es kein eigenes Incoming-Gesetz gebe.

Um sich zu orientieren und eine Vergleichsebene zu haben, habe man sich für die Studie alles angeschaut, was mit dem Thema „Austausch“ zu tun habe. Der Freiwilligendienst sei jedoch ein besonderer Dienst, da er von vornherein als Lerndienst angelegt sei. Das Erasmus-Programm sei europazentriert, was den Vergleich erschwere. Gleichwohl habe die Auswertung bestehender Studien ergeben, dass es Überschneidungspunkte gebe. Um diesen nachzugehen, habe man sich entschieden, im nächsten Schritt Fallstudien durchzuführen, bei denen man sich Erfahrungen und Wirkungen bei Einsatzstellen und Freiwilligen genauer anschauen werde, um sie mit den Erfahrungen von Lehrkräften und Studierenden bei Erasmus spiegeln zu können. Wenn man wissenschaftlich sauber arbeiten wolle, müsse man sagen, dass es eine direkte Vergleichsebene so noch nicht gebe.

Herr **Michael Bogatzki** (AKLHÜ) weist mit Blick auf die Frage nach der Wirkung der Projekte in den Partnerländern darauf hin, dass diese bei „weltwärts“ zumindest qualitativ erfasst werde. Sie bestehe u. a. in der Stärkung der Zivilgesellschaft und der NGO-Szene in den jeweiligen Ländern sowie in einer intensiveren Vernetzung untereinander. Solche programmbegleitenden Maßnahmen würden im Rahmen des „weltwärts“-Programms erfreulicherweise auch explizit gefördert, was zur Wirkung des Dienstes in den Partnerländern beigetragen.

Länder, in die Freiwillige entsandt werden sollten, würden laufend vor allem auch unter Sicherheitsaspekten eruiert. Aktuell sei z. B. Kenia ein Land, wo alle Beteiligten sehr genau die Entwicklung der Sicherheitslage im Blick hätten. Hinsichtlich der Post-Millenniumsziele gebe es die von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller initiierte Zukunftscharta „EINWELT – Unsere Verantwortung“. Die Charta sei auch auf der Mitgliederversammlung des AKLHÜ thematisiert worden und



solle nun in einem breiten Dialogprozess diskutiert werden. Darüber hinaus gebe es auf internationaler Ebene einen Zusammenschluss der internationalen Entwicklungsdienstorganisationen – International Volunteer Cooperation Organisations (IVCO) –, der im letzten Jahr in Paris eine Deklaration verfasst habe. Darin gehe es auch um das Thema „Volunteering“, wobei darauf abgehoben werde, ehrenamtliches Engagement zu einem wesentlichen Pfeiler der Demokratieförderung im Rahmen der derzeit diskutierten Post-Millenniumsziele zu machen.

Hinsichtlich des Themas „Incoming“ sei er der Ansicht, dass man ein entsprechendes Vor- und Nachbereitungskonzept mit Schaffung einer pädagogischen Klammer, wie es für Norwegen exemplarisch vorgestellt worden sei, auch in Deutschland realisieren könnte. Dies sei im Rahmen der jetzigen Programme auch vorgesehen. Die Aufnahme von ausländischen Freiwilligen im Rahmen eines Freiwilligendienstes oder auch von Schülern im Rahmen eines Schulaustausches werde aus Sicht seiner Organisation, die die Aufnahme von rund 600 Schülerinnen und Schüler jedes Jahr in Deutschland betreue, zunehmend schwieriger. Die Aufnahmebereitschaft sei schon einmal größer gewesen und man habe auch schon einmal weniger Aufwand bei der Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten betreiben müssen. Trotzdem sei er davon überzeugt, dass die Unterbringung von Freiwilligen in Gastfamilien möglich und in jedem Fall lohnenswert sei, weil der Gewinn für alle Beteiligten sehr groß sei.

Herr **Dr. Richard Auernheimer** (Verein „Partnerschaft Rheinland-Pfalz – Ruanda“) weist hinsichtlich der Frage nach den Altersgruppen darauf hin, dass typisch für die erste noch aktive Generation der Partnerarbeit sei, dass es sich um besonders beständige Menschen, nicht nur mit höherer Bildung, handele, die in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit gelernt hätten, international zu denken. Am Anfang sei als Motiv für das Engagement wahrscheinlich auch – wie er heute sagen würde – eine gewisse romantische Sicht auf die Dritte Welt ausschlaggebend gewesen. Inzwischen habe sich der Gedanke der Einen Welt – besonders bei jungen Leuten – etabliert. Deshalb habe auch der Schwerpunkt „Schule“ lange Zeit dominiert, zumal die

Zuständigkeit bei der internationalen Jugendarbeit beim Bund und nicht bei den Ländern liege. Aktuell nehme das Engagement junger Menschen in diesem Bereich zu. In Rheinland-Pfalz sei z. B. die Aktion „Tagwerk“ entwickelt worden, bei der sich jedes Jahr Schülerinnen und Schüler am 1. Juli im Rahmen des Aktionstages „Dein Tag für Afrika“ engagierten.

Zu Beginn der Partnerschaft sei es in der Tat so gewesen, dass man die Schulen selbst gebaut habe. Dies sei in einer Situation, wo Schulen zum Teil in einem dramatisch schlechten Zustand gewesen seien, auch richtig gewesen. Zwar wäre es auch möglich gewesen, damals lange Vorbereitungsgespräche zu führen, um die jeweilige Gemeinde dazu zu bewegen, die Schule selbst zu bauen. Dies hätte jedoch viel Zeit beansprucht. Deshalb sei es damals richtig gewesen, schlüsselfertige Schulen zu übergeben. Seit Einführung der 12-Schuljahrespflicht in Ruanda gebe es eine große Aktion, fehlende Schulräume selbst zu bauen, wobei der Staat das Material bezahle, während die Arbeit von den Bürgerinnen und Bürger selbst verrichtet werde. Die Schulen in Ruanda seien hinsichtlich der Qualität durchaus vergleichbar. Manche Einrichtungen seien, wie er bei einem Besuch festgestellt habe, sogar besser als in Deutschland, was z. B. Toiletten angehe. Man könne daher von einem wirklichen Lernprozess sprechen, der sowohl bei den ruandischen als auch bei den deutschen Partnern eingesetzt habe.

Die angesprochenen Millenniumsziele seien bisher ein wichtiger Hintergrund und Anhaltspunkt für das Messen von Erfolgen gewesen. Eine künftige Veränderung dieser Ziele werde hoffentlich nicht zu einer ausschließlichen Konzentration auf den Umweltbereich führen. Man brauche auch weiterhin Ziele mit bestimmten Alltagsmaßstäben, wie z. B. die Verbesserung der Müttergesundheit oder die Verringerung der Kindersterblichkeit. Auch das Millenniumsziel 8, das auf die weltweite Entwicklung von Partnerschaften abziele, sollte erhalten bleiben.

Die aktuelle Situation Ruandas werde sehr unterschiedlich beurteilt. Die ruandische Nationalversammlung weise mit 64 Prozent derzeit den



höchsten Frauenanteil auf, auch wenn dieser auch auf eine gewisse Quotierung zurückzuführen sei. Gleichwohl müsse man die Bedeutung der Genderfrage in Ruanda nicht erst vermitteln, sondern man könne von dem Land zum Teil sogar etwas lernen. Auch das Thema „Bürgerbeteiligung“ spiele in Ruanda inzwischen eine große Rolle. Natürlich könne man sagen, diese sei in Deutschland bereits verwirklicht, aber die Realität sehe auch hier manchmal anders aus. Insofern sollte man künftig dazu kommen, durch stärkeren Austausch voneinander zu lernen. Im letzten Jahr habe das ruandische Parlament erstmals eine Anhörung zu der Frage durchgeführt, ob man künftig Altersheime benötige, was gewissermaßen einem Kulturbruch gleichkäme. Bisher gebe es Altersheime der großen europäischen, vor allem kirchlichen Träger, die dafür eine Notwendigkeit sähen. Diese Diskussion habe er als sehr interessant empfunden, da die Lösung für Ruanda aus seiner Sicht nicht darin bestehen könne, einfach das europäische Modell zu kopieren.

Was die Frage der Austauschmöglichkeiten angehe, sei zu konstatieren, dass die Zahl junger Menschen, die aus Gründen der Ausbildung und beruflichen Tätigkeit nach Rheinland-Pfalz kämen, gering sei. Dies wolle man in Zukunft ändern. Es gebe jedoch gerade bei jungen Menschen, die über Programme nach Rheinland-Pfalz vermittelt würden, sehr große Visa-Probleme. Er bitte die Abgeordneten, diese nach Möglichkeit aufzugreifen und zu lösen. Vor kurzem sei z. B. der Frau eines ehemaligen Senators, den man eingeladen habe, die Ausstellung eines Visums mit der Begründung verweigert worden, dass aufgrund des geringen Einkommens der Frau Zweifel an deren Rückkehrwilligkeit bestünden. Solche Prüfkriterien seien unangemessen und müssten verändert werden.

Die Zusammenarbeit untereinander funktioniere im Alltag besser, als man vielleicht von außen erkennen könne. Sie könne aber in vielen Punkten noch besser werden. Dies gelte auch für die Frage der Zuständigkeit von Bund und Ländern und eine stärker zielorientierte Nutzung der Brückenfunktion des bürgerschaftlichen Engagements.

Herr **Dr. Simon Ramirez-Voltaire** (agl) erklärt, auf

die Frage der Millenniumsziele und der Post-2015-Agenda sei er aus zeitlichen Gründen nicht eingegangen. Diese Diskussion werde in den Landesnetzwerken und von einzelnen Promotoren intensiv geführt. Es gebe hierzu verschiedene Beiträge, Veranstaltungen und Workshops. Die Landesnetzwerke seien mit ihren vielfältigen Initiativen in der Lage, auf diese Debatten zu reagieren. Zudem überlege man derzeit, wie man sich in den Prozess der Zukunftscharta einbringen könne.

Den Begriff „Politikberatung“ würde er im Zusammenhang mit der Arbeit der agl nicht verwenden. Er würde eher sagen, dass die agl inhaltliche Lobbyarbeit für nachhaltige Entwicklung mache, d. h. man wolle mit den eigenen Engagementformaten soziale und ökologische Nachhaltigkeit in der Politik voranbringen. Selbstverständlich gebe es Kooperationsbeziehungen mit der Politik, die vor allem auf der Länderebene sehr gut funktionierten. Die Landesnetzwerke seien auf der Landesebene in der Regel sehr stark verankert und fungierten dort als Koordinatoren und Vermittler. Das Promotorenprogramm sei auch ein Resultat dieser relativ stabilen und guten Zusammenarbeit der Landesnetzwerke vor allem mit den Ländern, die das Programm seit 2013 mittrügen. Auf Bundesebene befinde man sich in gewisser Weise noch in der Aufbauphase. Hier hoffe man, mit der Geschäftsstelle in Berlin künftig noch stärker einbezogen zu werden. Insofern freue man sich über die heutige Gelegenheit, die Themen und Aspekte der Landesnetzwerke auf Bundesebene transparent machen zu können.

Was die Frage der Zusammenarbeit oder auch Konkurrenz zwischen den hier vertretenen Organisationen und Engagement Global angehe, wolle er betonen, dass es bei den Zielen, die Engagement Global hinsichtlich der Engagementförderung formuliere und die auch die entwicklungspolitische Inlandsarbeit betreffen, große Übereinstimmung gebe. Überschneidungen gebe es zum Teil bei den Instrumenten, da Information, Beratung und Qualifizierung sowohl von Engagement Global als auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen angeboten würden. Er wolle daher nicht verschweigen, dass man ein etwas ambivalentes Verhältnis zu Engagement Global habe. Engage-



ment Global trete der agl in zwei Rollen gegenüber: zum einen als Weiterleitungsinstanz von Fördergeldern des BMZ und zum anderen als Organisator von eigenen Programmen und Maßnahmen. Trotz insgesamt guter Zusammenarbeit sehe man die Problematik von Doppelstrukturen und dadurch entstehende Konkurrenzsituationen durchaus. Hierüber sei man mit Engagement Global und dem BMZ in der Diskussion. Dabei spiele auch das Thema „Subsidiarität“ und die Frage, was die Zivilgesellschaft selbst übernehmen könne und wie weit das Mandat von Engagement Global gehen sollte, eine Rolle. Die Zivilgesellschaft hätte sich Engagement Global auch sehr gut in zivilgesellschaftlicher Trägerschaft vorstellen können. Die agl sei der Auffassung, dass Engagement Global sein Mandat seit seiner Gründung immer weiter interpretiert habe. Man selbst würde die Aufgabe einer Serviceagentur und Servicestelle viel enger definieren. Engagement Global tue heute zum Teil Dinge, die die Landesnetzwerke oder auch andere zivilgesellschaftliche Organisationen selbst täten. Dies hänge aus Sicht der agl sehr stark mit dem Auftrag des BMZ an Engagement Global zusammen. Man wünsche sich, stärker mit der Leitung des Ministeriums darüber ins Gespräch zu kommen, ob es nach zwei Jahren Zusammenarbeit nicht möglich sei, eine gewisse Verve an der einen oder anderen Stelle zurückzufahren.

Gefragt worden sei er auch nach dem internationalen Austausch in den Landesnetzwerken. Das Promotorenprogramm sowie Information, Beratung und Qualifizierung seien Instrumente, die in erster Linie im Bereich der entwicklungspolitischen Inlands- und Bildungsarbeit stattfänden. Diese würden in der Trägerschaft der agl durchgeführt und über die agl finanziert. Selbstverständlich gebe es auch internationalen Austausch und internationale Projekte der Landesnetzwerke und der vielen Trägervereine vor Ort. Darauf sei er aufgrund der knappen Zeit nicht eingegangen. Es würde die Wahrnehmung der Arbeit der Landesnetzwerke verzerren, wenn man diese nur in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit verorten würde.

Frau **Gabriela Büsselmaier** (Engagement Global) weist mit Blick auf die Frage der Abgeordneten Hein darauf hin, Engagement Global sei 2012 ge-

gründet worden, um unter seinem Dach Programme zu vereinen, die es zum Teil schon seit mehreren Jahrzehnten gebe. Bis zum Jahr 2011 hätten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit viele eigenständige Organisationen existiert. Dazu zählten z. B. der Deutsche Entwicklungsdienst (DED), die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWent), die bereits erwähnte Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) sowie das beim Paritätischen Wohlfahrtsverband angesiedelte Programm „bengo“. Die vorherige Bundesregierung habe in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt, eine Bündelung vorzunehmen und aus der Vielzahl der genannten Akteure mit Engagement Global und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), deren Tätigkeitsschwerpunkt im Ausland liege, zwei große Organisationen zu schaffen. Dieser Umstrukturierung habe der 17. Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit zugestimmt. Vor dem Hintergrund dieser Gründungsgeschichte wolle man *der Dienstleister* im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sein. Zum einen sei man im Auftrag des BMZ Durchleitungsinstanz von Fördergeldern und beratend tätig und zum anderen unterstütze man sowohl Kommunen als auch Bürgerinnen und Bürger aktiv bei ihren entwicklungspolitischen Anliegen. Letzteres diene auch dem Ziel, das Politikfeld „Entwicklungspolitik“ in der Gesellschaft bekannter zu machen.

In der Tat seien viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer von „weltwärts“ Abiturienten oder Berufstätige. Dies hänge damit zusammen, dass eine Entsendung in die meisten Länder erst nach Erreichen der Volljährigkeit möglich sei. Diese Voraussetzung sei bei Realschülerinnen und Realschülern in der Regel nicht gegeben. Auch vor dem Erreichen der Volljährigkeit könne man jedoch z. B. über das ENSA-Programm, das den entwicklungspolitischen Schulaustausch für eine global gerechte Welt fördere, ins Ausland reisen. Selbstverständlich würden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf ihren Aufenthalt in den Ländern des Südens gut vorbereitet. Zudem sei Engagement Global im Bereich der Lehrerfortbildung aktiv, damit Lehrerinnen und Lehrer das Thema nicht nur im Rahmen von Projektwochen, sondern auch im normalen Schulalltag fach- und stufenübergreifend thematisieren könnten. Dazu arbeite man mit der Kultusministerkon-



ferenz zusammen und versuche, das Thema – mal mit mehr, mal mit weniger Erfolg – in den Bildungsplänen der Bundesländer zu verankern.

Es gebe auch Programme, die sich speziell an Berufstätige richteten. Dazu zähle beispielsweise das Handwerkerprogramm, das durch das Land Nordrhein-Westfalen finanziert werde. Hier würden Handwerker in Partnerländer des Südens entsandt, um dort zur besseren Qualifizierung in den Handwerksberufen beizutragen. Menschen mit Migrationshintergrund und wohnhaft in Deutschland würden sowohl im Rahmen des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes „weltwärts“ als auch im Rahmen des ASA-Programms ins Ausland entsandt. Dies sei je nach Aufenthaltsberechtigung und Aufenthaltsstatus jedoch nicht immer ganz einfach. Rückkehrerinnen und Rückkehrer des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes „weltwärts“ könnten sich dem Netzwerk „weltwärts in Deutschland“, kurz WinD, anschließen, das sie bei ihrem weiteren entwicklungspolitischen Engagement unterstütze. Man qualifiziere zudem zurückgekehrte Freiwillige, damit sie im Rahmen von Bildungsveranstaltungen, z. B. in Kindergärten, als Multiplikatoren für entwicklungspolitische Themen fungieren könnten. Ältere Menschen könnten sich im Rahmen des Senioren Experten Service (SES) in ihrer nachberuflichen Phase im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit bürgerschaftlich engagieren und

ihr Wissen weitergeben.

Selbstverständlich arbeite Engagement Global eng mit Partnern aus der Zivilgesellschaft zusammen. Das gelte sowohl für den Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee als auch für die Landesnetzwerke, deren PromotorInnenprogramm man unterstütze, aber auch für viele andere Organisationen. Menschen, die sich bei Engagement Global melden, weil sie sich entwicklungspolitisch engagieren wollten, verweise man primär auf die entsprechenden Programme der nichtkommerziellen Anbieter aus der Zivilgesellschaft. Insgesamt sei die Zusammenarbeit aus ihrer Sicht gut.

Abschließend wolle sie darauf hinweisen, dass die seit 30 Jahren bestehende Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda inzwischen Schule mache. Das Land Baden-Württemberg habe sich entschlossen, Burundi zu stärken, und empfehle, geplante Partnerschaften in Baden-Württemberg mit diesem afrikanischen Land abzuschließen, da man erkannt habe, dass eine solche Fokussierung einen Mehrwert für ein Bundesland darstellen könne.

Der **Vorsitzende** dankt allen Sachverständigen herzlich für ihr Kommen und für ihre sehr informativen und spannenden Beiträge.

Schluss der Sitzung: 19:12 Uhr

Willi Brase, MdB
Vorsitzender



Unterausschuss
"Bürgerschaftliches Engagement"
UA-Drs. 18/013

Die Arbeit der agl

Anhörung des Unterausschusses
„Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen
Bundestages

4. Juni 2014, Berlin

Dr. Simon Ramirez-Voltaire
agl-Geschäftsführung

agl
arbeitsgemeinschaft der
eine welt landesnetzwerke
in deutschland e. V.



Anhörung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestages, 4. Juni 2014, Berlin

Die agl e.V.

- Dachverband der 16 Eine Welt-Landesnetzwerke
- gegründet 1999
- Geschäftsstelle Berlin: 6 MitarbeiterInnen

agl

arbeitsgemeinschaft der
eine welt landesnetzwerke
in deutschland e.v.



Eine Welt-Landesnetzwerke

- Organisation von „unten nach oben“
- 16 LandeskoordinatorInnen: Koordinations- und Anlaufstelle für entwicklungspolitische Initiativen in den Bundesländern
- Plattformen für entwicklungspolitische Inlandsarbeit: Vernetzung
- Lobbyarbeit für nachhaltige Entwicklung
- Bürgernähe / entwicklungspolitisches Engagement

agl

arbeitsgemeinschaft der
eine welt landesnetzwerke
in deutschland e.v.





Anhörung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestages, 4. Juni 2014, Berlin

Eine Welt-Landesnetzwerke

- **Mitgliedsverbände für Vereine und Initiativen:**
 - ca. 6.000 Mitgliedsorganisationen
 - erreichen ca. 8.200 Basisgruppen
- **Interessenvertretung in der Landespolitik**
- **Entwicklungspolitische Projektträger**
- **Lobbyarbeit für nachhaltige Entwicklung**
- **z.B. Mitwirkung bei entwicklungspolitischen Leitlinien der Bundesländer**
- **Ansprechpartner für andere Akteure: Landesregierung, Kirchen, Engagement Global, SKEW**

agl

arbeitsgemeinschaft der
eine welt landesnetzwerke
in deutschland e.v.



Anhörung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestages, 4. Juni 2014, Berlin

Zentrale Instrumente (IBQ):

Information

Entwicklungspolitische Debatten, Fördermöglichkeiten, Austausch, Vernetzung, Diskussionsveranstaltungen, Newsletter, Publikationen

Beratung

Erstberatungen, Antragstellung und Abwicklung, Vereinsgründung, Finanzberatungen, Buchhaltung

Qualifizierung

Seminare, Workshops, Fortbildungen

agl

arbeitsgemeinschaft der
eine welt landesnetzwerke
in deutschland e.V.



Anhörung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestages, 4. Juni 2014, Berlin

In der Fläche vor Ort und mit thematischen Schwerpunkten

- Globales Lernen
- Konsum & Produktion: Fairer Handel und Nachhaltige Beschaffung
- Migration, Diaspora und Entwicklung
- Umwelt, Klima und Entwicklung
- Zivilgesellschaft und Partizipation
- Internationale Kooperation

agl

arbeitsgemeinschaft der
eine welt landesnetzwerke
in deutschland e.v.



Das Eine Welt-PromotorInnen-Programm

- Start 2013 in neun Bundesländern
- Konzept „PromotorIn“
- Wirken in der Fläche: Regional- und FachpromotorInnen
- Arbeiten zu den Schwerpunkten vor Ort / Kontakt zu BürgerInnen und Initiativen
- Inzwischen mehr als 60 PromotorInnen
- Besonderheit: Bund-Länderfinanzierung: 60/40
- Zivilgesellschaftliche Trägerschaft:
Konsortium aus agl, Stiftung Nord-Süd-Brücken, VENRO
- Förderung: Engagement Global (BMZ), Länder

agl

arbeitsgemeinschaft der
eine welt landesnetzwerke
in deutschland e.V.





Beispiel Berlin: Promotorin für Kommunale Entwicklungspolitik (H. Jansen)

„Viele Berliner Bezirke haben erkannt, dass Entwicklungspolitik das Zusammenleben im Kiez bereichert. Wir wollen noch mehr Bezirke zu kommunaler Entwicklungspolitik motivieren.“



agl
arbeitsgemeinschaft der
eine welt landesnetzwerke
in deutschland e.v.





Promotorinnen
und Promotoren
für Eine Welt

Beispiel Berlin: Promotorin für Kommunale Entwicklungspolitik (H. Jansen)

- Vernetzung entwicklungspolitischer kommunaler Akteure der Zivilgesellschaft, der Bezirksverwaltungen und der Politik
- Fachtagungen für BürgerInnen, Abgeordnete und VerwaltungsmitarbeiterInnen
- Beratung und Unterstützung bei Antragstellung und Durchführung von Projekten mit entwicklungspolitischer Schwerpunktsetzung
- Stößt Projekte an, Diskussion über kommunale Haushaltstitel
- Lokale Träger: Städtepartnerschaft Kreuzberg-San Rafael del Sur, Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag, Stiftung Nord-Süd-Brücken

agl

arbeitsgemeinschaft der
eine welt landesnetzwerke
in deutschland e.V.





Weitere Beispiele

- Fachpromotor Nachhaltige öffentliche Beschaffung und Unternehmensverantwortung (BaWü)
- Fachpromotor Globales Lernen / Internationale Bildungspartnerschaften (BaWü)
- Fachpromotorin Globales Lernen im Schulbereich (Rheinl.-Pf.)
- Fachpromotorin Migration, Entwicklung und interkulturelle Öffnung (Hessen)
- Fachpromotorin für das Engagement junger Menschen (NRW)
- RegionalpromotorInnen

agl

arbeitsgemeinschaft der
eine welt landesnetzwerke
in deutschland e.v.





Highlights

BaWü:

Ausstellungen: "BaWü ohne ausbeuterischer Kinderarbeit", "Keine Ausbeutung mit Steuergeldern", Installation "Faires Büro".
Planung Schülerkongress (2015): "Global eyes – Augen auf für eine zukunftsfähige Welt"

Bremen:

Juli 2014: Turnierwoche "Bremen Global Championship – Wasser, Klima und Meer".
Umwelt- und entwicklungspolitisches
Schulfußballturnier mit über 600 Schüler_innen



agl

arbeitsgemeinschaft der
eine welt landesnetzwerke
in deutschland e.v.



Highlights

Mecklenburg-Vorpommern: Fachkonferenz zu sozialverträglicher Beschaffung von IT-Hardware



Mehr als 80 Gäste
20./21. Februar 2014 in Schwerin

Themen:

- globale Wertschöpfungsketten
- Möglichkeiten der BeschafferInnen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Computerbranche beizutragen.

agl

arbeitsgemeinschaft der
eine welt landesnetzwerke
in deutschland e.V.



Highlights

NRW: Ausstellung "Weltgarten" im Kölner Zoo

Eröffnung: 9. April

2015: Zoo Münster

- richtet sich an die breite Öffentlichkeit der ZoobesucherInnen
- thematisiert die Globalisierung an ausgewählten Beispielen
- Schwerpunkte: "Welt im Wandel", "Lebensstil und Konsum"
- Jede Woche erfolgt die Betreuung durch eine andere ehrenamtliche Eine-Welt-Gruppe aus dem Großraum Köln

agl

arbeitsgemeinschaft der
eine welt landesnetzwerke
in deutschland e.V.





Highlights

Schleswig-Holstein: Schulwettbewerb

"Lebensweltmeisterschaft 2014"

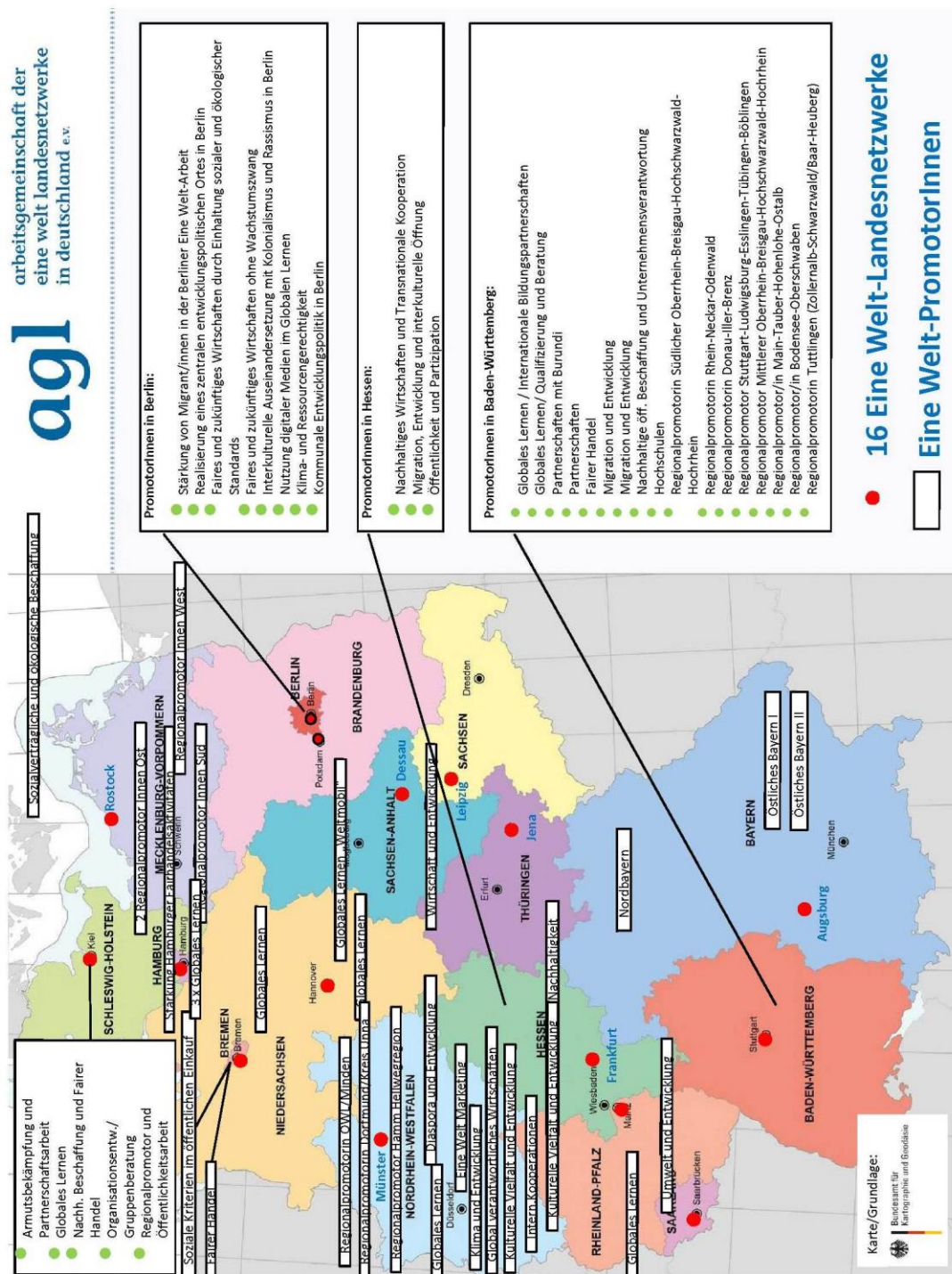
- thematisiert EZ lebensweltlich
- kombiniert fußballerisches Können mit einem Thema der EZ – beides geht in die Gesamtbewertung ein
- Teams wird ein Land zugelost, das sie sportlich wie thematisch vertreten
- Thema 2014: „Tourismus“
- Zielgruppe: Jugendliche der 7.-9. Klasse.
- Kooperationspartner: Schleswig-Holsteinische Fußballverband, Brot für die Welt Schleswig-Holstein und das Institut für Geographie der CAU Kiel zur Seite.
- Finale: 1. Juli 2014 im Stadion von Holsatia Kiel



agl

arbeitsgemeinschaft der
eine weit landesnetzwerke
in deutschland e.V.





● 16 Eine Welt-Landesnetzwerke
 □ Eine Welt-PromotorInnen



Eine Welt-PromotorInnen-Programm

Voraussichtliche Bund/Länder-Förderung in 2014*

Land	Stellen P.	Stellen K.	Personen	Bund €	Land €	Gesamt €
Ba.-Wü.	10	1	20	369.000	246.000	616.000
Bayern*	2	-	3	50.400	33.600	84.000
Berlin	5,75	0,89/ 0,25	10	257.380	171.620	429.000
Bremen*	1,22	-	2	39.220	26.147	65.367
Hamburg	1,75	-	3	58.800	39.200	98.000
Hessen	1,75	-	4	58.800	39.200	98.000
Meckl.-Vorp.*	3,6	0,87	5	120.960	80.640	201.600
Nieders.	2,17	1	4	106.512	71.008	177.520
NRW	8,5	1	15	319.200	212.800	532.000
Rheinl.-Pfalz	1,34	-	2	45.024	30.016	75.040
Sachsen-Anhalt*	1	-	2	26.600	17.734	44.334
Schleswig-Holstein*	3,58	1	5	147.668	107.362	255.030
gesamt	42,66	6	75	1.599.564	1.075.327	2.675.891

*Vorbehaltlich der Bewilligung der Aufstockungsanträge vom 7.3.2014 durch Engagement Global.





Bezüge

- Hauptgutachten WBGU (2011): Welt im Wandel - Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation
➔ Akzeptanz und Engagement der BürgerInnen notwendig
- Entwicklungspolitische Leitlinien von Bundesländern
- MPK-Beschluss Entwicklungspolitik
- Expertenforum BMZ, VENRO, agl

agl

arbeitsgemeinschaft der
eine welt landesnetzwerke
in deutschland e. V.



Bezüge: Expertenforum zu Entwicklungspolitischem

Engagement – BMZ, VENRO, agl (2013)

- Auswertung mehrerer (Vor-) Studien (ZIVIZ, WZB, Survey 2009): Diskussion über Definitionen und Perspektiven der **Engagementförderung** in der EZ
- **Profil der Engagierten:**
 - überdurchschnittlich gebildet, idealistisch orientiert, zeitintensiv engagiert
 - Trigger“: eigene Erlebnisse und Erfahrungen
 - Engagement vorwiegend in Großstädten
 - in kleineren, vorwiegend „jüngeren“ Vereinen (40% der Vereine nach dem Jahr 2000 entstanden (Quellen ZIVIZ, WZB 2013)
- Engagement lebt von der Vielfalt der Zugänge
- Kooperation verschiedener Akteure gefragt
- Selbstorganisation wichtig, Zugang, Transparenz, Anerkennung
- Erkennen der Zusammenhänge fördern

agl

arbeitsgemeinschaft der
eine welt landesnetzwerke
in deutschland e. V.



Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Kontakt:

agl – Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke
in Deutschland e. V.

Dr. Simon Ramirez-Voltaire

Telefon: 030 -23 46 25 14

Mail: geschaeftsfuehrung@agl-einewelt.de

agl

arbeitsgemeinschaft der
eine welt landesnetzwerke
in deutschland e. V.



Anlage 2

Unterausschuss
"Bürgerschaftliches Engagement"
U.A.-Drs. 18/012

Partnerschaft Rheinland-Pfalz / Ruanda

30 Jahre Partnerschaft
Was Bürgerinnen und Bürger für
Eine Welt tun können
Richard Auernheimer



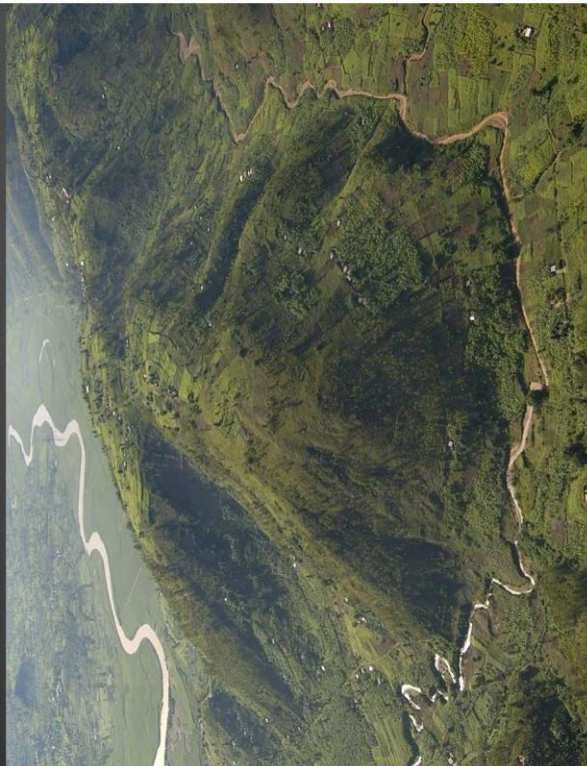
Die Ausgangsfrage 1982 wie 2014

„Was soll der deutsche Bürger denn tun gegen den Hunger in der Welt?“

(Der FAZ-Herausgeber im Gespräch mit Bernhard Vogel, ehemaliger Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz)

Er soll nicht nur irgendetwas Soziales tun.

Er soll gezielt handeln,
Ideen weitergeben,
Fortschritt teilen,
Gemeinsamkeiten finden,
Verantwortung teilen.



2

Auernheimer-Badenheim@t-online.de

4. Juni 2014



Bedeutung der Zivilgesellschaft

- 30 Jahre Partnerschaft stellen ein wichtiges Kapital dar.
- Das Erfahrungswissen aus den 30 Jahren steht zur Verfügung. Es ist bestimmt durch die kleinen Projekte.
- In der Graswurzelpartnerschaft entstand wie gemeinsame Verantwortung für die weitere Entwicklung.



3

Auernheimer-Badenheim@t-online.de



Gemeinsames Lernen

- Das Miteinander der Partner zeigt auf beiden Seiten Lernprozesse.
- Regional und kommunal: in diesen Größenordnungen lernt man leichter gemeinsam.

Große Bedeutung des Jugendaustauschs und der Schulpartnerschaften



Auernheimer-Badenheim@t-online.de

4. Juni 2014



4



Bedingungen der Gegenseitigkeit

- Zivilgesellschaften treffen sich nicht so einfach. Es reicht nicht, die Landeskunde zu steigern. Man muss einander begegnen und gleiche Augenhöhe erproben und lernen.
- Wir brauchen Vertrauen, Austausch, Kontinuität.



5

15. Mai 2014

Auernheimer-Badenheim@t-online.de



Neue Aufgaben



- Stadt – Land - Gefälle abbauen
- Armut reduzieren
- Initiativen zum Aufbau der Wirtschaft
- Bedeutung der Frauen als Trägerinnen der Entwicklung und als Unternehmerinnen (Peace through Business)
- Berufliche Ausbildung auf- und ausbauen

6

4. Juni 2014

Auernheimer-Badenheim@t-online.de



Wie können sich die Zivilgesellschaften verschränken?

- Zusammenarbeit direkt vor Ort; situationsorientiert vorgehen
- viele kleine Projekte
- Anschubfinanziert
- bedarfsorientiert
- Qualitätsgesichert
- nachhaltig
- Hilfe zur Selbsthilfe
- direkter Kontakt und Austausch



7

Auerheimer-Badenheim@t-online.de

4. Juni 2014



Die Zivilgesellschaften wachsen mit der Aufgabe

- Ownership / Verantwortung unsere Situation
- Gestaltungsverantwortung
- gleiche Augenhöhe
- Zukünftige Akzente:
- Kultur: Bildende Kunst, Musik, Literatur
- Berufsausbildung



8

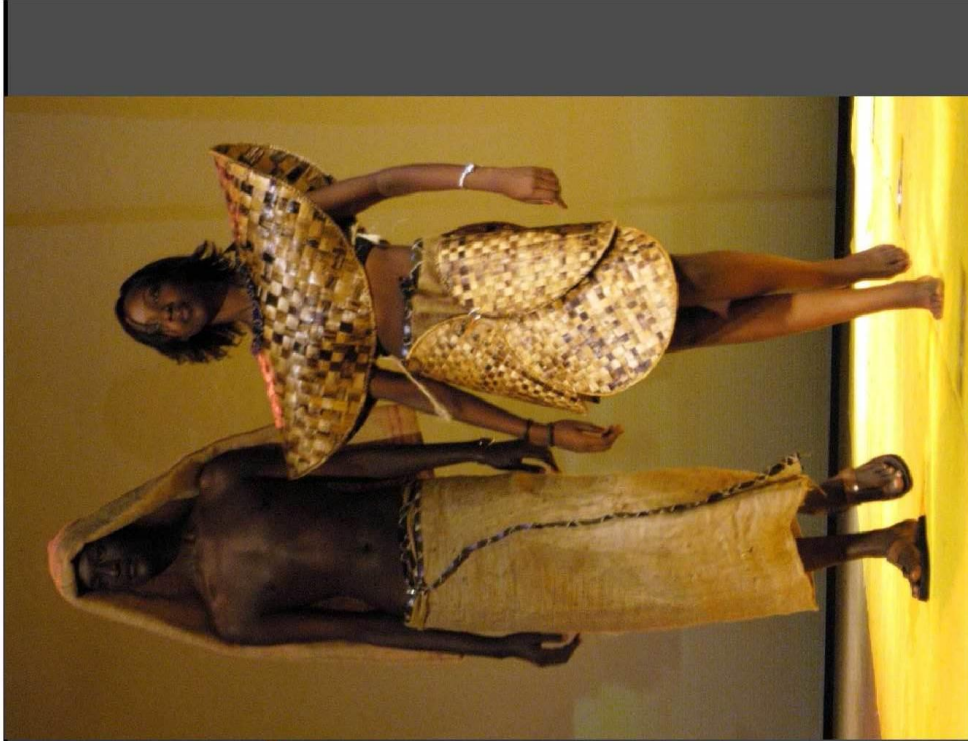
Auernheimer-Badenheim@t-online.de

4. Juni 2014



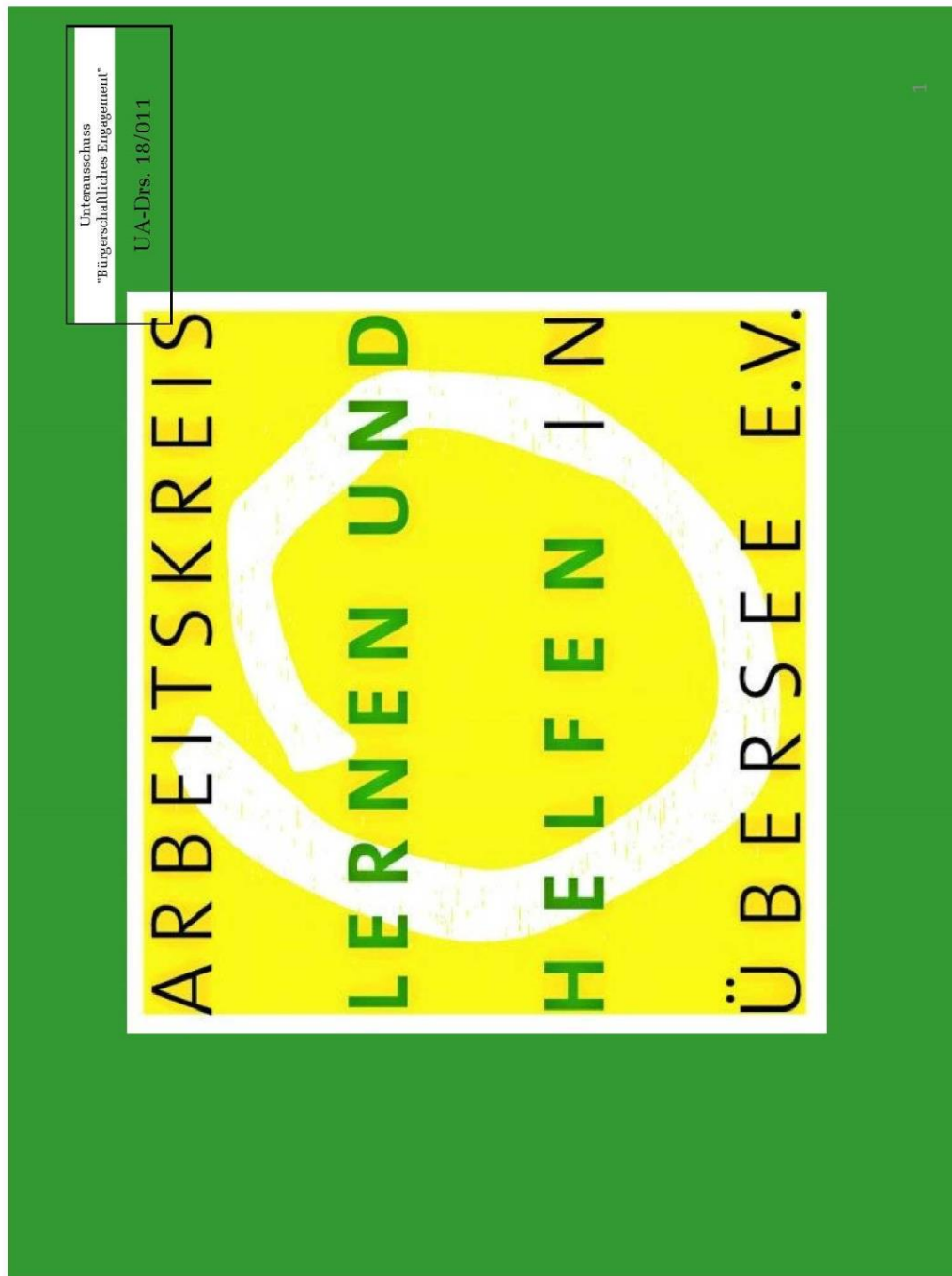
Wir setzen

- auf die Dynamik der regionalen Partnerschaften,
- auf das Engagement der Jugend,
- auf mehr Begegnung und Austausch (reverse-Programme),
- auf gemeinsame Lösung der Probleme der Einen Welt.





Anlage 3



Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“, Berlin, 4. Juni 2014



Entwicklungspolitisches bürgerschaftliches Engagement und Internationale Freiwilligendienste:

1. Engagement der Rückkehrer/innen in Zahlen
2. Merkmale, Ausprägung und Motivation
3. Förderliche Rahmenbedingungen
entwicklungspolitischen Engagements

Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee e.V.

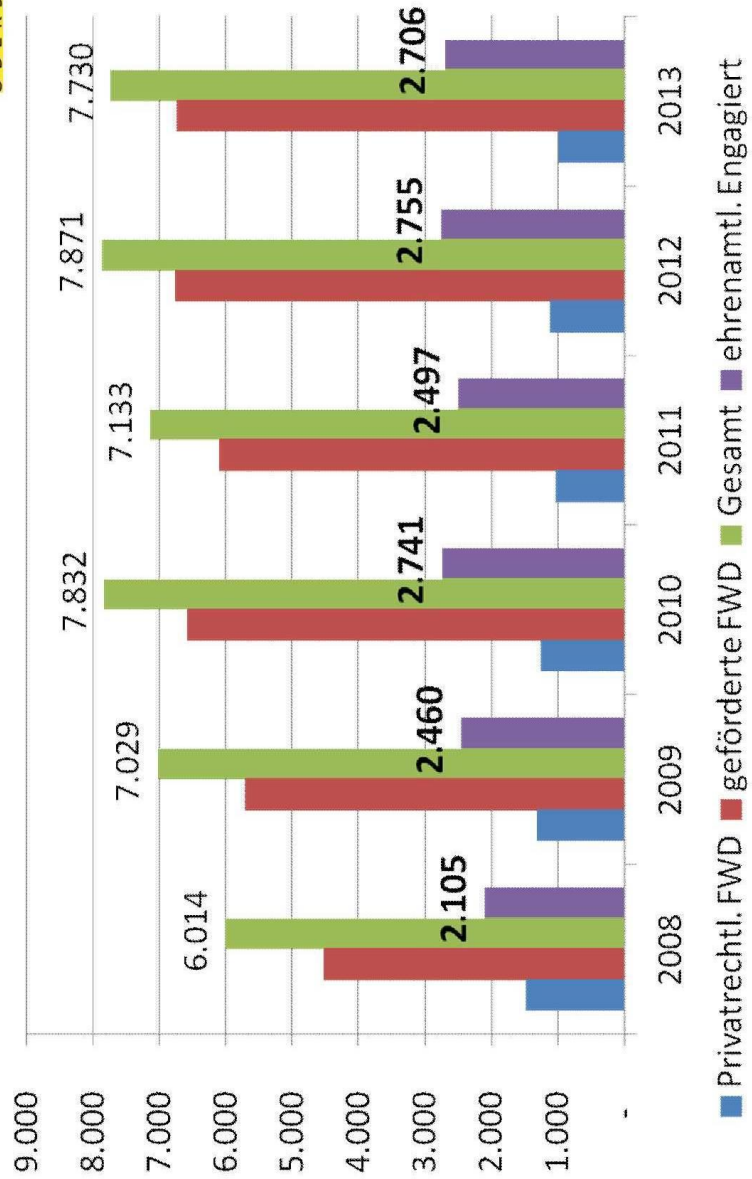






ARBEITSKREIS
LERNEN UND
HELFFEN IN
ÜBERSEE E.V.

Engagement in Zahlen



Unterausschuss BE 2014

Engagement Merkmale



- Ca. 90% der FWD-Rückkehrer/innen nehmen ein Studium auf.
- Hohe Engagementbereitschaft trotz negativer Rahmenbedingungen (Studium, Jobben, Umzug, erneute Auslandsaufenthalte), Zeitlicher Umfang geringer als vor dem Dienst
- Engagement entspricht i.d.R. der Studiendauer von ca. 3-5 Jahre ,
- punktuelles, zielgerichtetes Engagement, Projektarbeit, Eigeninitiative

Unterausschuss BE 2014



Motivation und Felder



- Int. FWD-Rückkehrer waren schon vor dem Dienst überdurchschnittlich engagiert, aber:
 - 60% geben an, durch den Dienst erstmalig zum Ehrenamt gekommen zu sein.
 - 40% geben an, dass ihr Int. FWD der maßgebliche Auslöser für ihr heutige Engagement war
- Motivation: persönliche Biographie, Altruismus, soziale Kontakte, Kompetenzerwerb,
- Felder des Engagements breit gestreut, u.a.:
 - Kinder und Jugendliche, Sport, Kultur etc.
 - Entwicklungspolitische Themen, u.a. Programmarbeit der weltwärts-Entsendeorganisationen

Unterausschuss BE 2014



Rahmenbedingungen fördern



- Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft die Bedeutung von Ehrenamt weiter stärken
 - Strukturwandel berücksichtigen
 - Steuerliche Freistellung von Umsatzsteuer
- Engagement global / BMZ: Stärkung und Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Angebots durch fördernde Richtlinien
- BFD / BMFSFJ: Internationales Incomer-Programm mit eigener Richtlinie ausbauen

Unterausschuss BE 2014





Danke für ihre Aufmerksamkeit

Unterausschuss BE 2014



KONTAKT



Arbeitskreis "Lernen und Helfen in Übersee" e.V.

(AKLHÜ)

Thomas-Mann-Straße 52
53111 Bonn

Tel.: 0228/90 89 910

Fax: 0228/90 89 911

E-Mail: aklhue@entwicklungsdienst.de

www.entwicklungsdienst.de

www.engagement-weitweit.de

www.internationale-freiwilligendienste.org

Gefördert vom **BMZ**



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Quellen



- BMFSFJ (2009) Freiwilligensurvey, Gesamtbericht
- Hufsky, Luise (2011) weltwärts und zurück, unveröffentlichte Bachelorarbeit, Hochschule Emden/Leer, (Befragung von 279 AFS weltwärts-Rückkehrern)
- Stern, T. et al. (2011): Der entwicklungspolitische Freiwilligendienst „weltwärts“. Band III: Entwicklungspolitische Inlands- und Bildungsarbeit durch die Rück-kehrarbeit von „weltwärts“-Freiwilligen. *Unveröffentlichter Evaluierungsbericht. Bonn: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.*





UNIVERSITÄT
HEIDELBERG
ZUKUNFT
SEIT 1386

CSI

Centrum für soziale Investitionen und Innovationen
Centre for Social Investment

Unterausschuss
"Bürgerschaftliches Engagement"

UA-Drs. 18/010

Internationalisierung der Freiwilligendienste FSJ, FÖJ und BFD – das Potential von Incoming für Deutschland

Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
04. Juni 2014

Centrum für soziale Investitionen | Julia Eberhardt und Hanna Hielscher

Anlage 4

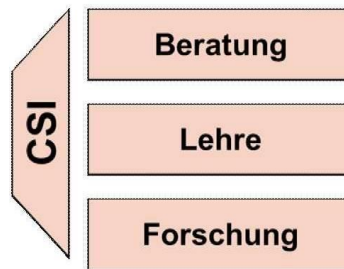
CSI

Centrum für soziale Investitionen und Innovationen

Ziele und Aufgaben des Instituts

- Wissen und Verständnis sozialer Investitionen in der Gesellschaft erweitern.
- Im Fokus: Stiftungswesen, Zivilgesellschaft, soziale Ökonomie und soziales Unternehmertum in Europa
- Interdisziplinäres Forschungs-, Bildungs-, Beratungs- und Informationszentrum

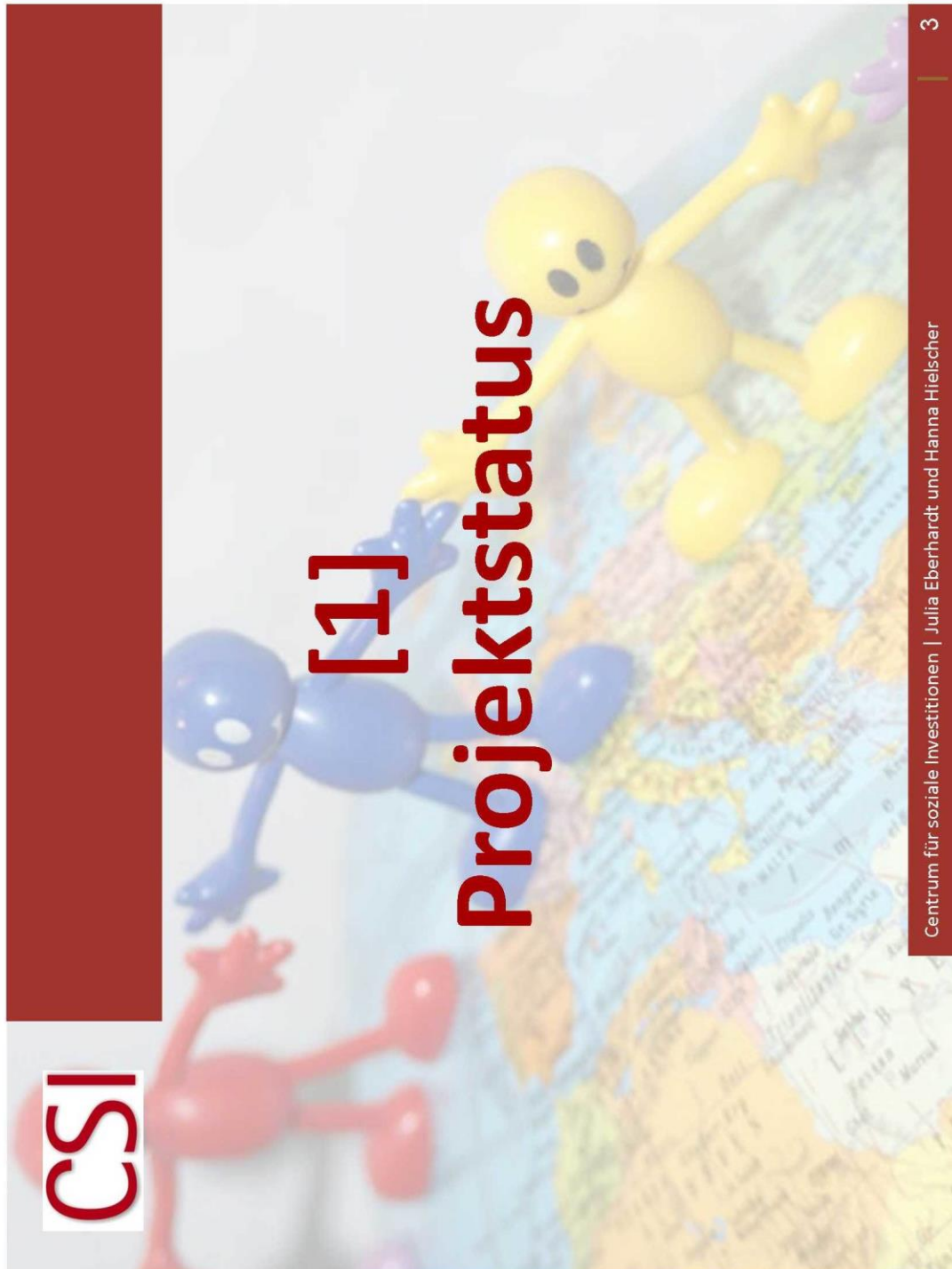
3-Säulen-Modell

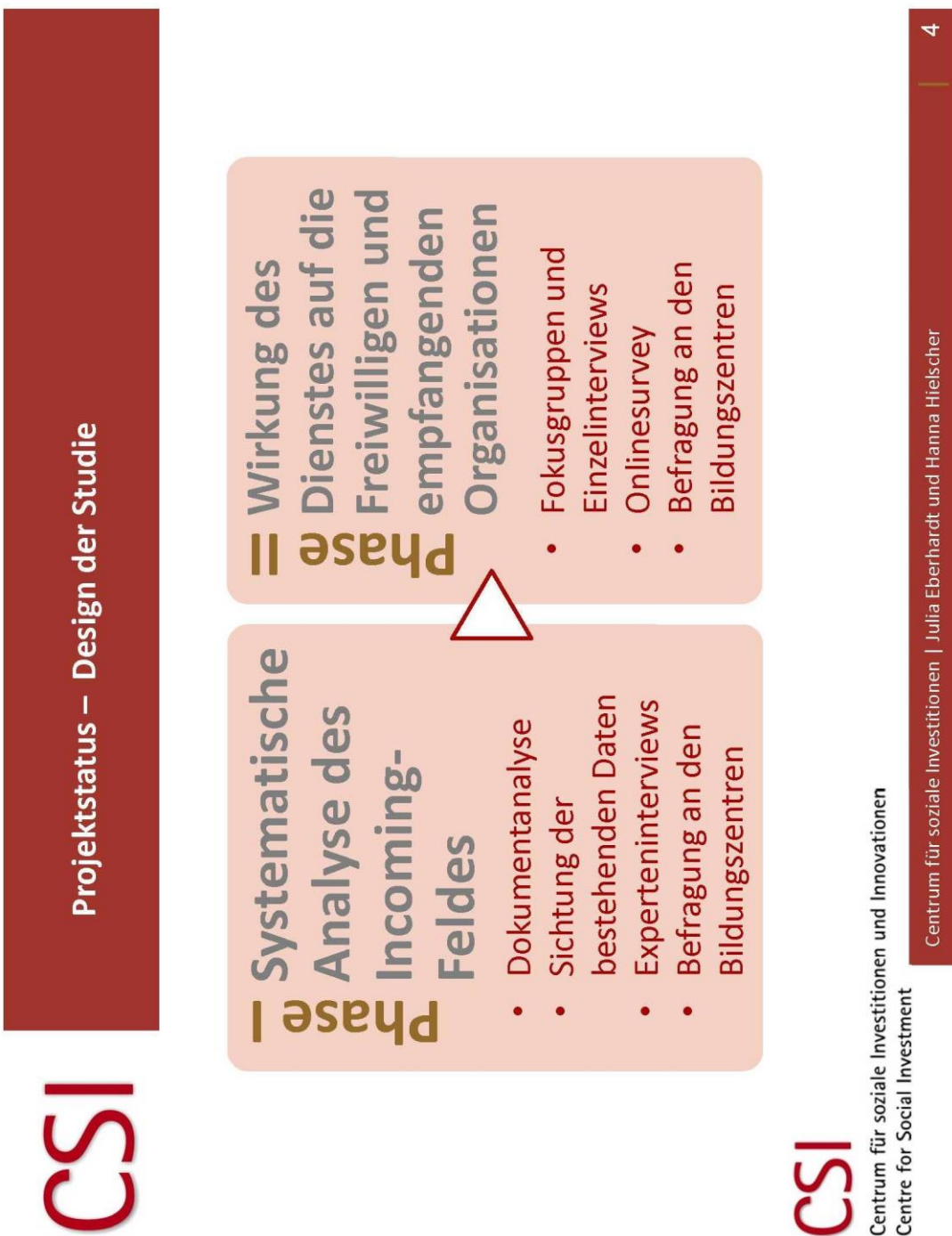


Link zum Zwischenbericht des Projekts:

https://www.csi.uni-heidelberg.de/downloads/Zwischenbericht_20140403.pdf







Forschung

Vor allem Untersuchungen zu Outgoing-Freiwilligen oder zu speziellen Themenfeldern im Rahmen der Freiwilligendienste (Arbeitsmarktneutralität/Minderheitenförderung/Additiver Effekt/Zertifizierung)

Vergleichsebenen

- Au-Pair
- Erasmus
- VolunTourismus

Internationaler Kontakt

- Fredskorpset (FK) Norway
- France Volontaires





Projektstatus – Definition



Projekt-Definition
Incomer = alle, die für einen
Freiwilligendienst aus dem Ausland
eingereist sind bzw. ihr Visum zu
diesem Zwecke geändert/verlängert
haben

**Zusätzliche Förderung
für Incomer,***

- die innerhalb der letzten fünf Jahre nicht länger als sechs zusammenhängende Monate in Deutschland waren
- deren Muttersprache nicht Deutsch ist
- die im Rahmen eines Incoming-spezifischen pädagogischen Konzepts betreut werden.

* von Trägern, Zentralstellen & BMFSFJ gemeinsam erarbeitete Kriterien



Centrum für soziale Investitionen und Innovationen
Centre for Social Investment

Centrum für soziale Investitionen | Julia Eberhardt und Hanna Hielscher



CSI

Projektstatus – Definition

Zusätzliche Förderung für Incomer,^{*}

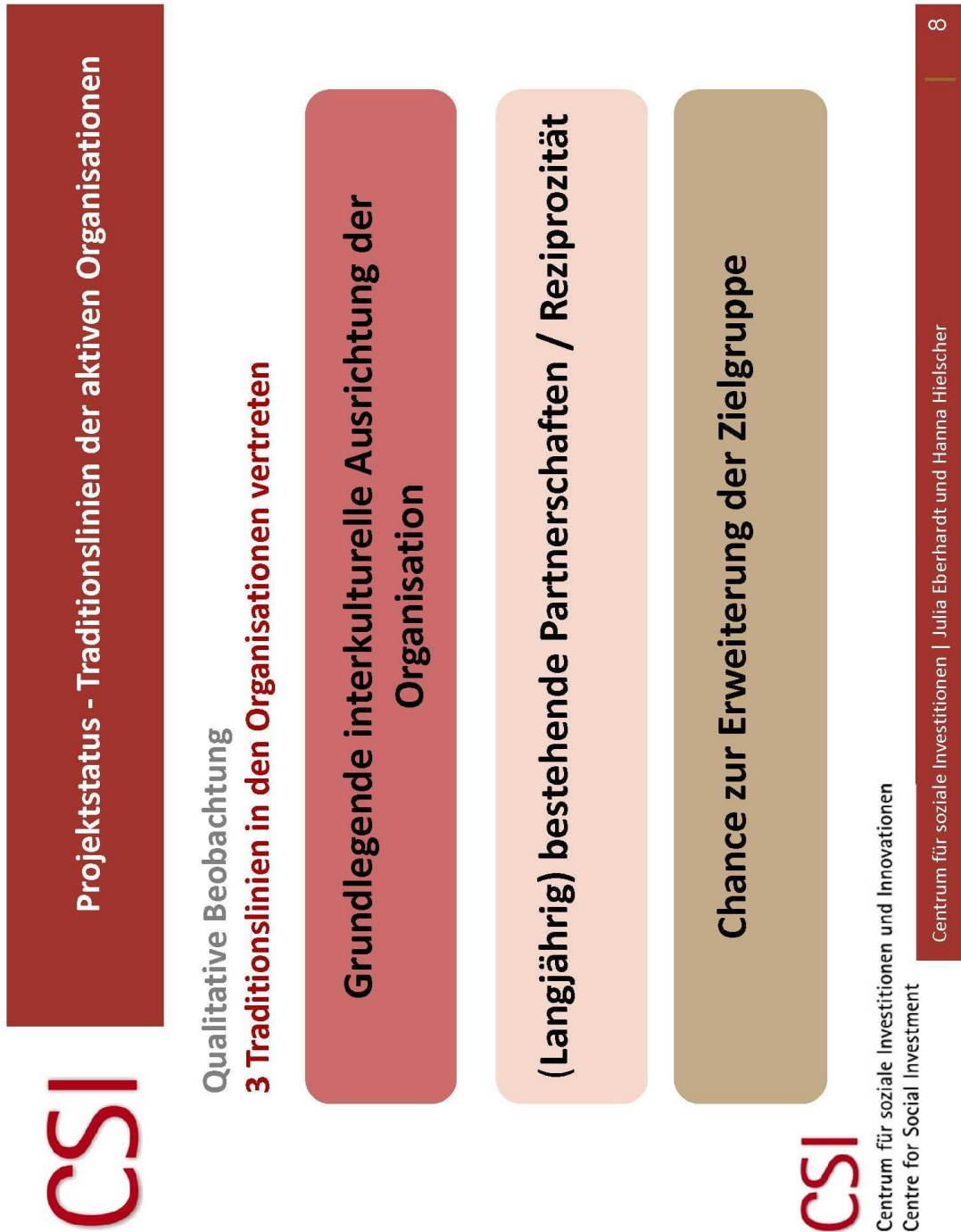
- die innerhalb der letzten fünf Jahre nicht länger als sechs zusammenhängende Monate in Deutschland waren
- deren Muttersprache nicht Deutsch ist
- die im Rahmen eines Incoming-spezifischen pädagogischen Konzepts betreut werden.

^{*} von Trägern, Zentralstellen & BMFSFJ
gemeinsam erarbeitete Kriterien

CSI

Centrum für soziale Investitionen und Innovationen
Centre for Social Investment

Centrum für soziale Investitionen | Julia Eberhardt und Hanna Hielscher

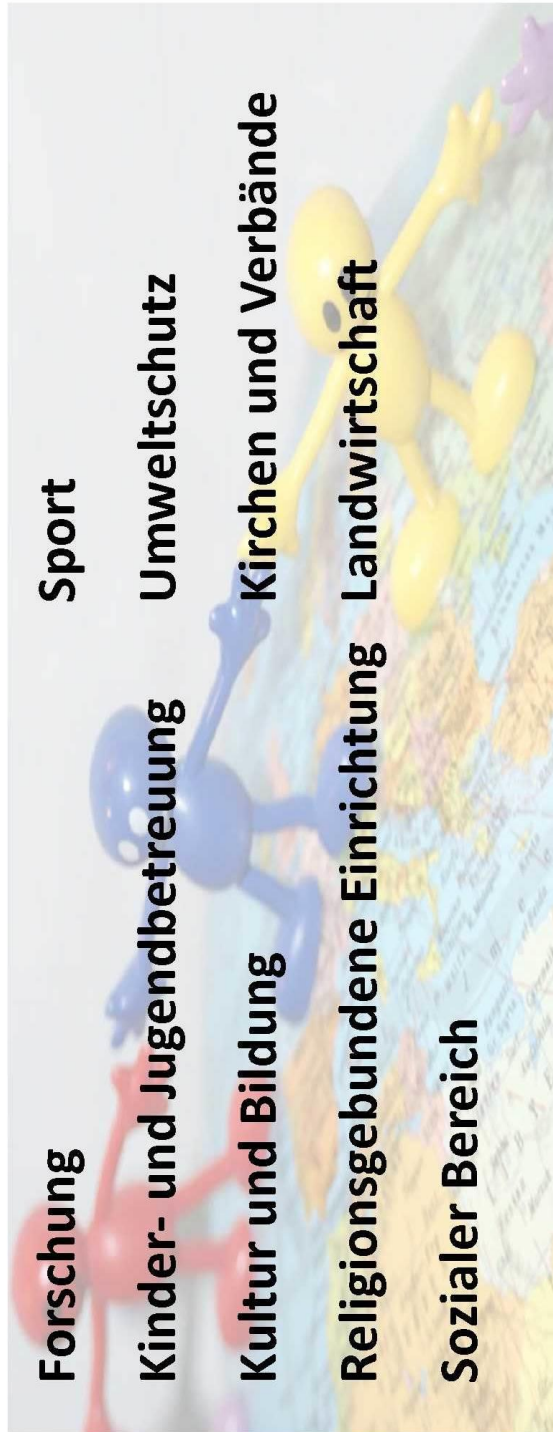






Projektstatus – Merkmale von Freiwilligen aus dem Ausland

Einsatzstellen der Incoming-Freiwilligen

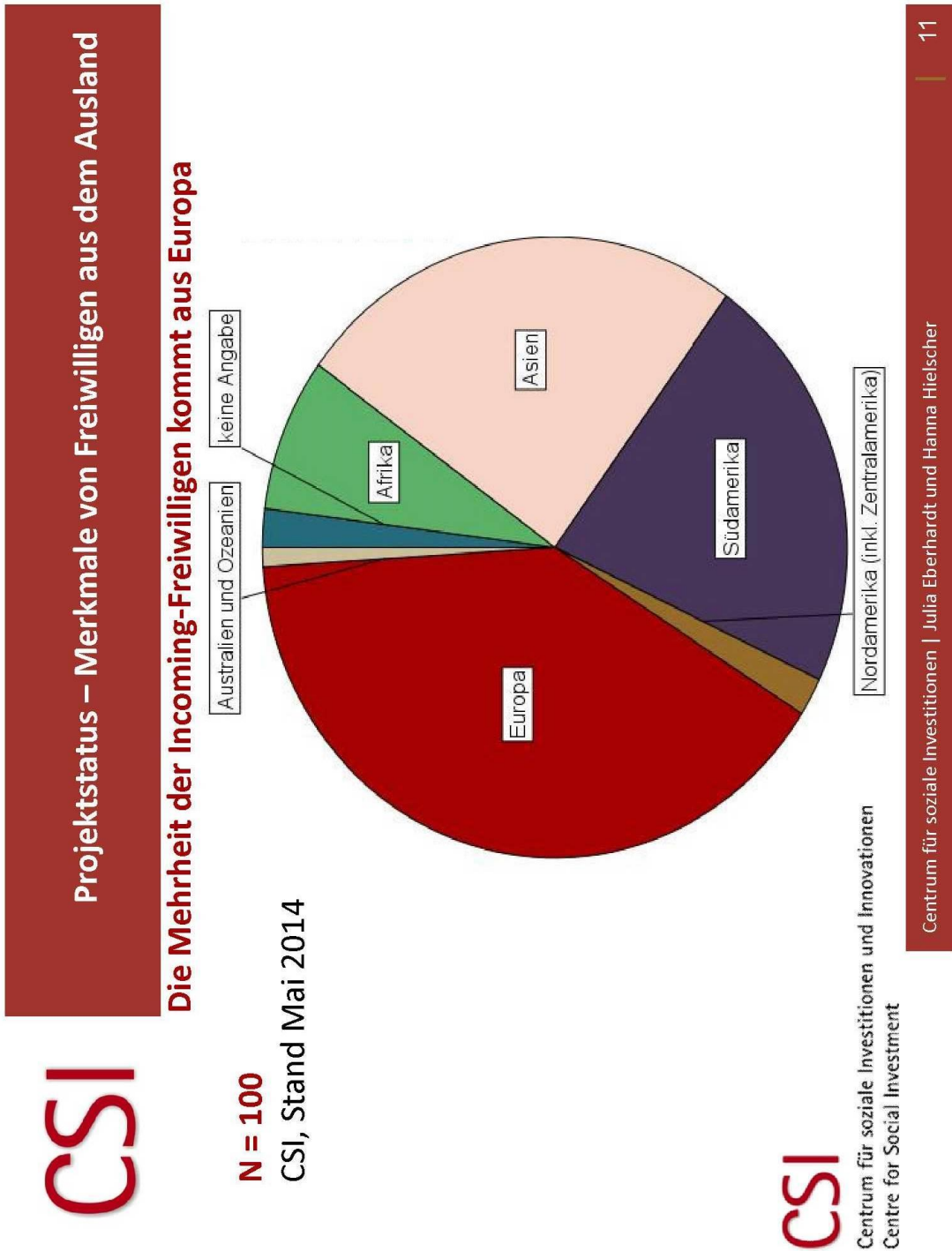


Centrum für soziale Investitionen und Innovationen
Centre for Social Investment

Centrum für soziale Investitionen | Julia Eberhardt und Hanna Hielscher

10

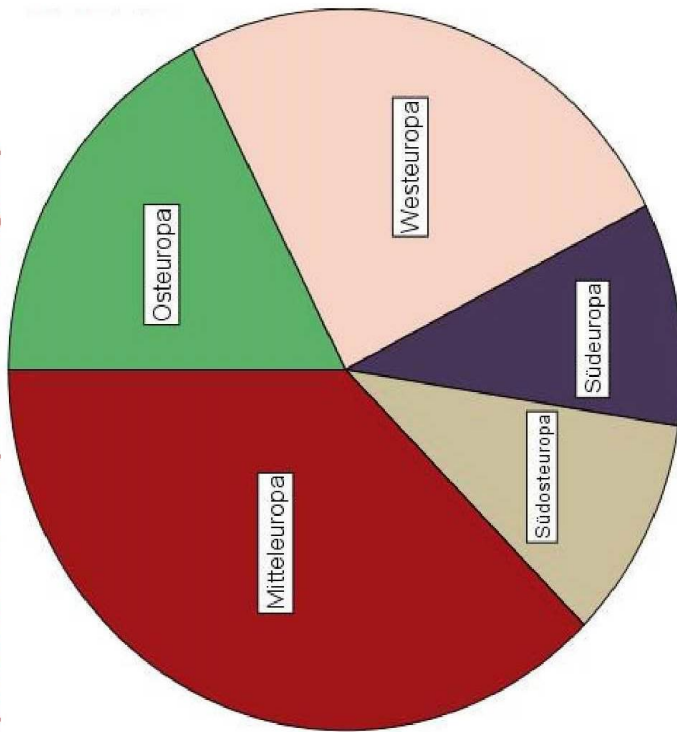






Projektstatus – Merkmale von Freiwilligen aus dem Ausland

Die Mehrheit der europäischen Freiwilligen kommt aus dem mitteleuropäischen Raum (Polen und Ungarn)



N = 100
CSI, Stand Mai 2014



Centrum für soziale Investitionen und Innovationen
Centre for Social Investment

Centrum für soziale Investitionen | Julia Eberhardt und Hanna Hielscher



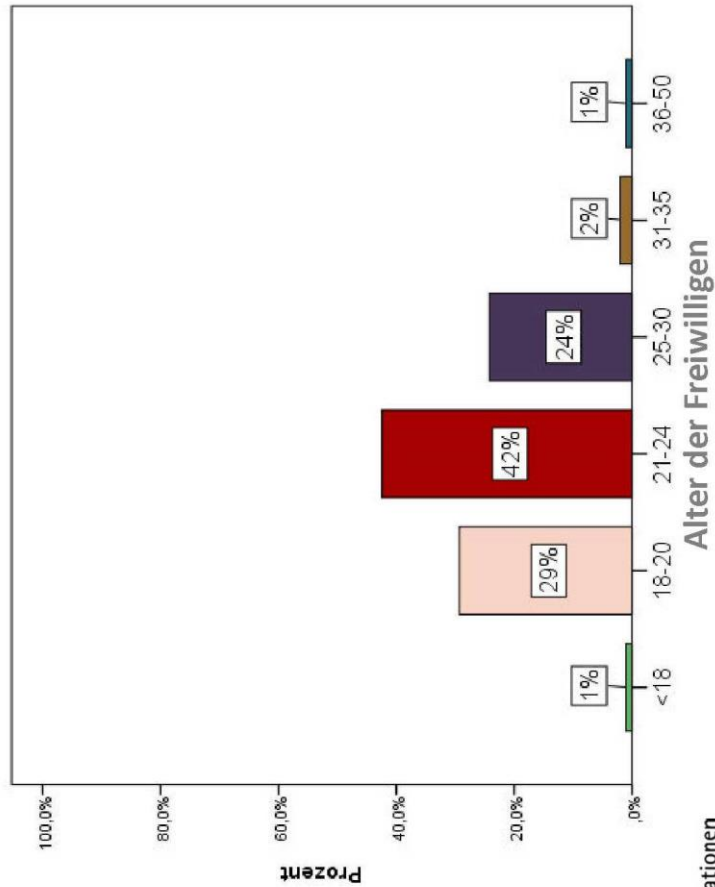
CSI

Projektstatus – Merkmale von Freiwilligen aus dem Ausland

Die Spannweite des Alters der Freiwilligen ist deutlich größer als im Outgoing-Bereich

N = 100

CSI, Stand Mai 2014



CSI

Centrum für soziale Investitionen und Innovationen
Centre for Social Investment

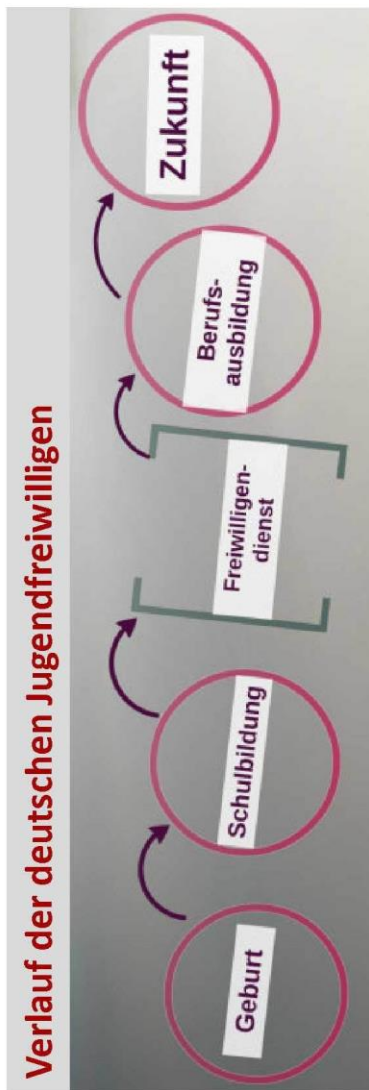
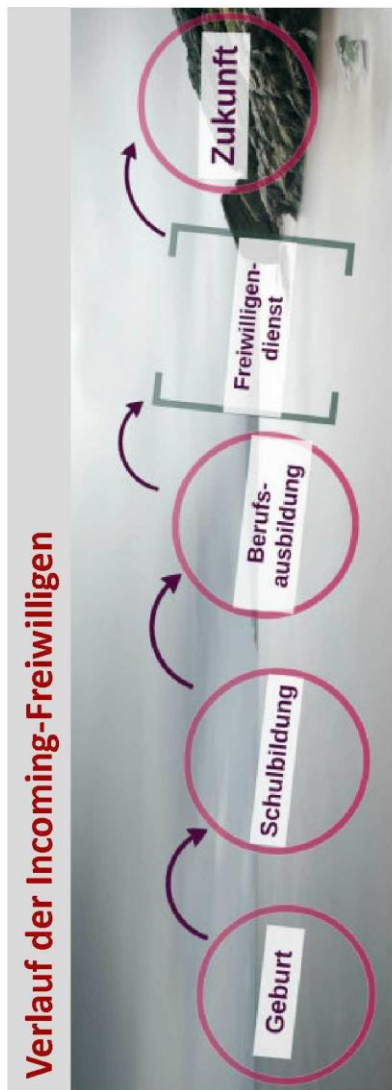
Centrum für soziale Investitionen | Julia Eberhardt und Hanna Hielscher

13



CSI

Projektstatus – Merkmale von Freiwilligen aus dem Ausland





CSI

Projektstatus – Merkmale von Freiwilligen aus dem Ausland

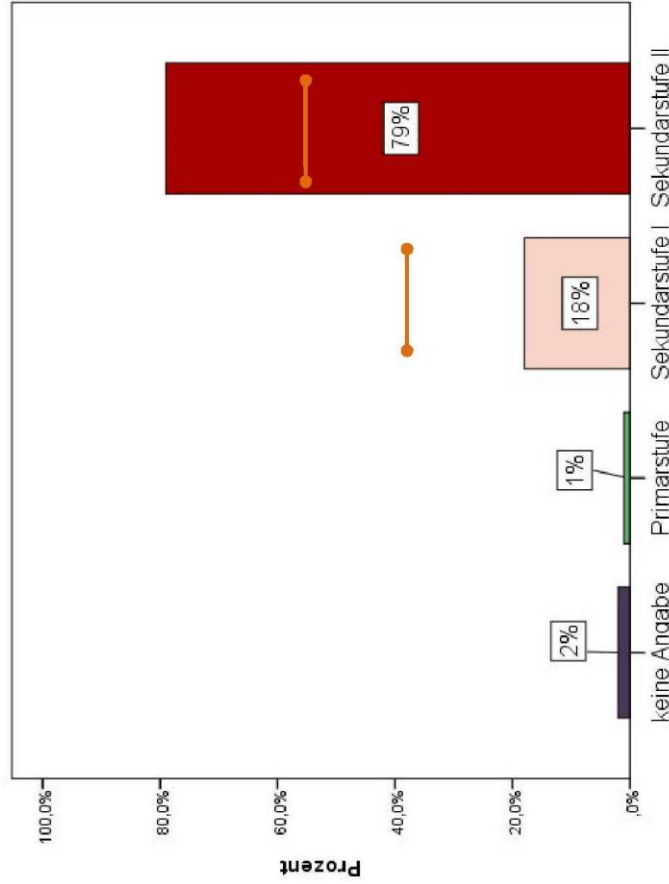
Incoming-Freiwillige haben überwiegend eine höhere Schulbildung

N = 100

CSI, Stand Mai 2014

— = Durchschnitt
BFD, FSJ, FÖJ (Gesamt)

Quelle: Inbas
Sozialforschung, Stand Nov.
2013



Schulabschlüsse der Freiwilligen

CSI

Centrum für soziale Investitionen und Innovationen
Centre for Social Investment

Centrum für soziale Investitionen | Julia Eberhardt und Hanna Hielscher



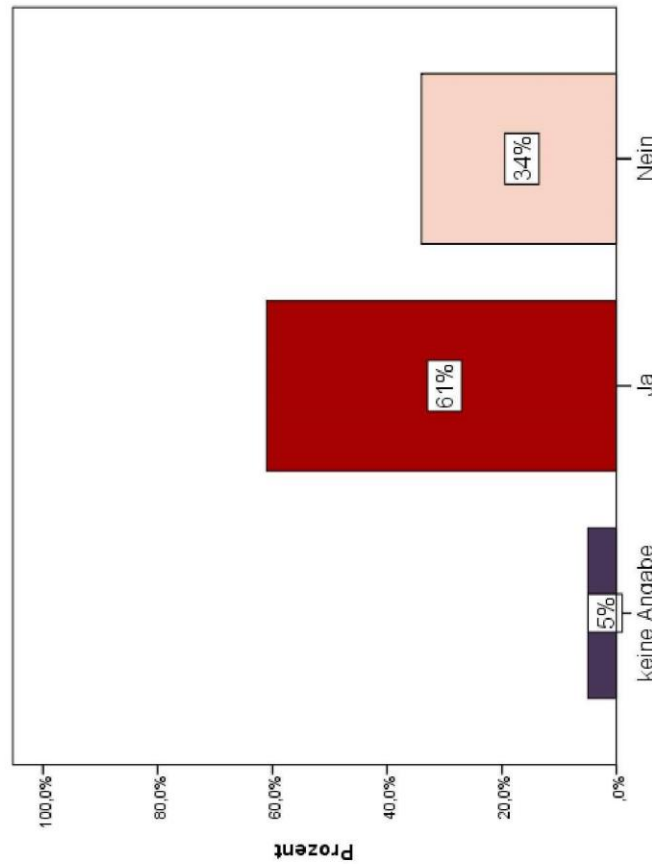
CSI

Projektstatus – Merkmale von Freiwilligen aus dem Ausland

Incoming-Freiwillige sind meist hoch qualifiziert und verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein Studium

N = 100

CSI, Stand Mai 2014



CSI

Centrum für soziale Investitionen und Innovationen
Centre for Social Investment

Abgeschlossene Berufsausbildung/Studium

Centrum für soziale Investitionen | Julia Eberhardt und Hanna Hielscher

16

CSI

Projektstatus – Merkmale von Freiwilligen aus dem Ausland

Qualitative Beobachtung

Ein vorheriger Bezug zu Deutschland/ der deutschen Sprache wird in Fragebögen deutlich

Die meisten haben Deutschkenntnisse.

Viele waren schon einmal in Deutschland.

Die Möglichkeit einen Freiwilligendienst in Deutschland zu absolvieren verbreitet sich überwiegend durch **Mund-zu-Mund-Erzählung** und **Internetrecherche**.

CSI

Centrum für soziale Investitionen und Innovationen
Centre for Social Investment

Centrum für soziale Investitionen | Julia Eberhardt und Hanna Hielscher

17



Projektstatus – Merkmale von Freiwilligen aus dem Ausland

Qualitative Beobachtung

Es zeichnet sich ab, dass **Incomer und Inlandsfreiwillige ähnliche Motive haben**

- Mich persönlich weiterentwickeln
- Etwas Neues erleben
- Beruflich weiterentwickeln
- Interesse an Bereich
- Freiwillig engagieren
- Zeit zw. Schule und Ausbildung/Studium überbrücken

Quelle: INBAS Sozialforschung,
Stand November 2013

- Mich persönlich weiterentwickeln
- Etwas Neues für mich lernen
- Beruflich weiterentwickeln
- Deutschland kennenlernen
- Freiwilligendienst als Orientierungsphase nutzen
- Etwas Gutes tun

Quelle: Eigene Erhebung,
Stand 2014



CSI

Projektstatus – Merkmale von Freiwilligen aus dem Ausland

Qualitative Beobachtung
4 Typen von Incomern in den Fokusgruppen

Sinnsuchender
Typ

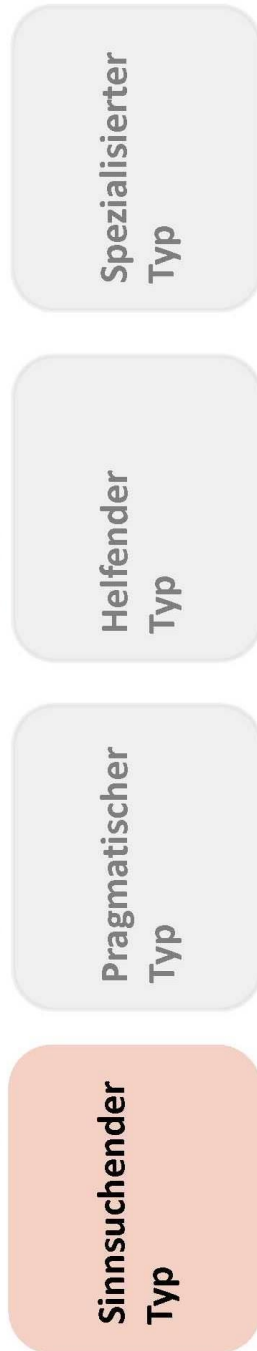
Pragmatischer
Typ

Helfender
Typ

Spezialisierter
Typ



Qualitative Beobachtung 4 Typen von Incomern in den Fokusgruppen



Sinnsuchender Typ:

„Ich möchte einen Master machen, aber ich brauche ein Jahr davor, in dem ich lernen kann, was genau ich in der Zukunft möchte.“ (Freiwillige aus den Fokusgruppen)



Qualitative Beobachtung 4 Typen von Incomern in den Fokusgruppen



Pragmatischer Typ

„Und dann hab ich gedacht, na ja, so ein ganzes Jahr wäre für mich also die Möglichkeit, in Deutschland zu arbeiten. Und das heißt auch die Sprache zu lernen. Und... ja... für mich war es auch wie ein Praktikum, also Erfahrungen für mich. Und auch für meinen Lebenslauf so.“ (Freiwilliger aus den Fokusgruppen)





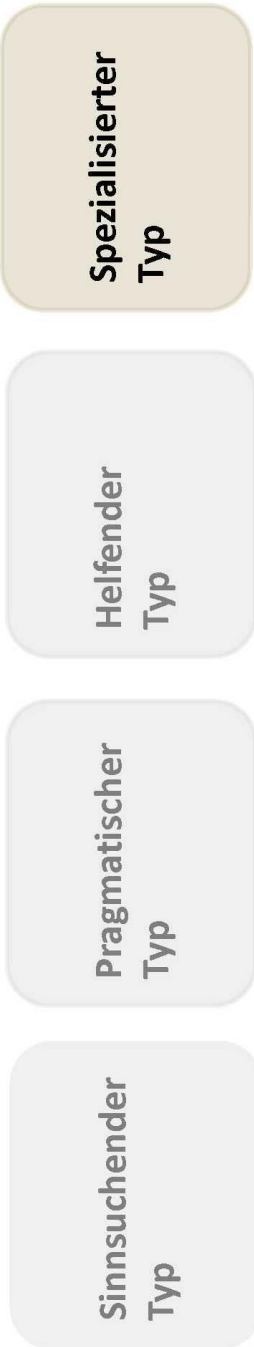
Qualitative Beobachtung 4 Typen von Incomern in den Fokusgruppen



Helfender Typ

„Also, ich habe mich entschieden für dieses Programm, weil ich auch bei einer ONG [NGO] gearbeitet habe, in meinem Land, und ich habe gesehen, wie wichtig es ist, Hilfe an schwache Menschen zu geben und auch, wie sehr sie Hilfe brauchen in dieser Welt.“ (Freiwilliger aus den Fokusgruppen)

Qualitative Beobachtung 4 Typen von Incomern in den Fokusgruppen



Spezialisierter Typ

„Und da ich auch Germanistik [Deutsch] in der Schule gelernt habe und also studiert habe dann [sic], habe ich mich entschieden, in Deutschland das Projekt zu machen, damit ich auch meine Kenntnisse verbessern kann.“
(Freiwilliger aus den Fokusgruppen)



CSI

Erste Schlussfolgerungen

- Für die Organisationen bestehen unterschiedliche Anreizstrukturen Freiwillige aus dem Ausland zu empfangen.
- Die ausländischen Freiwilligen haben vielfältige Motivationen einen Freiwilligendienst in Deutschland zu absolvieren.
- Freiwillige aus dem Ausland sind älter als die deutschen Jugendfreiwilligen und haben im Vergleich zu deutschen Freiwilligen in Deutschland mehr Berufserfahrung.
- Informationen über Freiwilligendienste kommen bei den Freiwilligen über das Internet und persönliche Kontakte an.

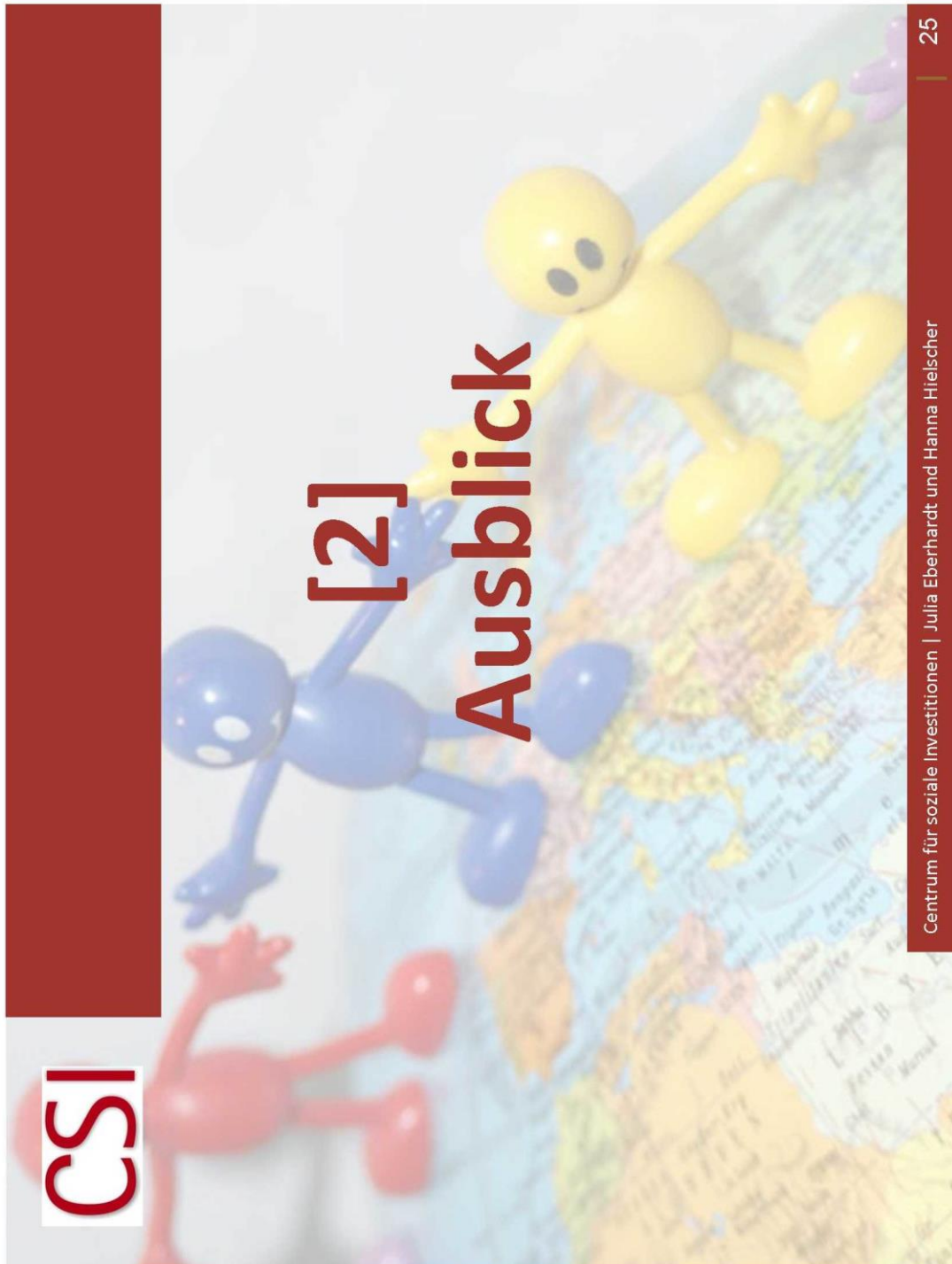
CSI

Centrum für soziale Investitionen und Innovationen
Centre for Social Investment

Centrum für soziale Investitionen | Julia Eberhardt und Hanna Hielscher

24





CSI

Ausblick

Abschlusspräsentation der Studie voraussichtlich Frühjahr 2015

Aktuelle Phase:

- Onlinebefragung der Freiwilligen vor der Einreise und kurz nach Ausreise
- Befragung der Freiwilligen in Fokusgruppen
- Befragungen der Freiwilligen an den Bildungszentren

Kommende Phase:

- Befragung der Träger/Einsatzstellen

CSI

Centrum für soziale Investitionen und Innovationen
Centre for Social Investment

Centrum für soziale Investitionen | Julia Eberhardt und Hanna Hielscher

26





CSI

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**

Julia Bettina Eberhardt
CSI Heidelberg
Adenauerplatz 1
69115 Heideberg
+ 49 (0) 6221 – 54 119 86
[Julia.eberhardt@csi.uni-
heidelberg.de](mailto:Julia.eberhardt@csi.uni-heidelberg.de)

Hanna Hielscher
CSI (Berliner Büro)
Neue Promenade 6
10178 Berlin
+49 (0)30 2345 87 54
[Hanna.hielscher@csi.uni-
heidelberg.de](mailto:Hanna.hielscher@csi.uni-heidelberg.de)

